

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

23. Sitzung
19. Juni 2023

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 12.19 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Silke Gebel: Wir kommen dann zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0190](#)
Ausbildungscampus Wenckebach: Aktueller Stand
und weiterer Handlungsbedarf GesPflieg
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0157](#)
Aus, Fort- und Weiterbildung von GesPflieg
Gesundheitsfachkräften auf dem Wenckebach-
Gesundheitscampus
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Zur Besprechung haben wir Anzuhörende eingeladen, die ich nun ganz offiziell begrüßen möchte. Herzlich willkommen, Herr Dr. Johannes Danckert! Sie sind Vorsitzender der Geschäftsführung und Geschäftsführer des Klinikmanagements bei Vivantes. Herzlich willkommen, Frau Dorothea Schmidt! Sie sind Geschäftsführerin beim Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe, aber auch in der Geschäftsführung von Vivantes tätig. Außerdem hören wir Herrn Bezirksstadtrat Oliver Schworek. Er ist Mitglied des Bezirksamts in Tempelhof-Schöneberg und dort Leiter der Abteilung für Jugend und Gesundheit. Herzlich willkommen auch Ihnen! Ich begrüße auch die vielen Menschen, die heute im Ausschuss vor Ort sind und der Sitzung beiwohnen oder uns zu Hause an den Bildschirmen verfolgen. Herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ja. Das tun wir dann. Vielen Dank!

Dann würde ich einmal fragen, ob der Besprechungsbedarf begründet wird. – Das würde Herr Zander machen, und ich würde für unsere Fraktion dann auch kurz begründen. – Herr Zander!

Christian Zander (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Im letzten Jahr ist ja die Abkehr von der bisherigen Festlegung erfolgt, das Ganze in Spandau anzusiedeln mit dem Argument, dass das in Tempelhof, am Wenckebach-Krankenhaus, schneller und auch kostengünstiger passieren würde. Deshalb haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung ja auch festgehalten, dass wir das Ganze mit Hochdruck realisieren wollen. Weil dann auch die Haushaltsberatungen anstehen, wollten wir uns hier im Rahmen der Anhörung noch einmal genau vorstellen lassen, wie die zeitlichen Pläne sind, was an finanziellen Aufwendungen erforderlich ist, damit das Ganze zeitlich richtig eingetaktet werden kann, ob es eventuell Fördermittel gibt, wie entlastet werden kann, und wie das Ganze dann konkret ausgestaltet werden soll.

Eventuell war ja auch die Idee, Wohnungen zu errichten. Ist da außer Geld vielleicht noch etwas anderes erforderlich? Planungsrecht? Muss der Bezirk etwas tun? Wie wird der Ausbildungscampus aussehen? Abgesehen davon, dass es eben diese Ausbildungsstätte gibt, könnte es noch weitere Angebote auf dem bisherigen Standort geben, die dort integriert werden können. Momentan ist ja, glaube ich, auch eine Kurzzeitpflege untergebracht. Da wäre die Frage, ob das nur temporär ist oder ob das Ganze auch ein Ziel wäre. – Vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank, Herr Zander! – Jetzt erteile ich mir als Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort, um unseren Besprechungspunkt zu begründen.

Silke Gebel (GRÜNE): Wir haben das heute angemeldet, weil das – wenn man sich diese Legislatur oder auch die nächsten zehn Jahre anschaut – eines der Großprojekte ist, die wir im Bereich Pflegepolitik haben und bei dem wir auch eine eigene Steuerungsfähigkeit als Land Berlin haben. In der Tat haben wir in den letzten Jahren viel Zeit verloren, weil wir das eine Grundstück in Spandau nicht so entwickeln konnten, wie wir das wollten. Ich glaube, es war auch die richtige Entscheidung, dann als Landesregierung zu sagen: Wir gehen jetzt nach Schöneberg, weil wir dort eine Liegenschaft haben, die wir zügiger entwickeln können, mit der wir einfach auch schneller einen Leuchtturm in der Pflegeausbildung setzen können.

Damit es ein Leuchtturm wird, haben wir, glaube ich, hier auch einen großen Konsens dahingehend, dass das Projekt auch entsprechend unterstützt wird. Das sieht man daran, dass viele Fraktionen Besprechungsbedarfe angemeldet haben. Das Projekt braucht auch die politische Unterstützung – einmal in der Frage, was das für Investitionen heißt, aber eben auch in der Frage, was das für Baugenehmigungen heißt. Hier interessiert es unsere Fraktion, was die Schritte sind, die auf uns zukommen, bei denen man vielleicht noch Partnerinnen und Partner außerhalb dieses Ausschusses suchen muss, damit im Hauptausschuss oder in anderen Gremien die Mitglieder dieses Hauses und auch der Senatsverwaltung das Projekt zu ihrem Leuchtturmprojekt machen.

Die andere Frage: Wenn eine Baugenehmigung ein halbes Jahr oder ein Jahr länger dauert, führt das häufig zu großen Verzögerungen und auch Baukostensteigerungen. Ich fände es gut, wenn Sie da Ihre Lage noch ein bisschen einschätzen könnten. Wir haben ja heute die Nachricht bekommen, dass sich die Komische Oper hinsichtlich der Baukostensteigerungen noch einmal verdoppelt hat, und was mich umtreibt, ist die Frage: Wenn so ein Projekt einen Realisierungszeitraum von nicht nur zwei oder drei Jahren hat, sondern der Zeitraum durchaus län-

ger ist, wie gehen Sie dann planerisch so hinein, dass Sie auch die neuesten Technologien haben? Vielleicht können Sie das noch einmal darstellen. Pflege hat ja heute auch sehr viel mit Digitalisierung zu tun. Wenn wir heute Leute für die nächsten 30 oder 40 Jahre ausbilden, dann werden diese Leute nicht mehr so ausgebildet, wie sie vor 10 Jahren ausgebildet wurden. Das bedeutet: Wenn wir den Leuchtturm beziehungsweise den Bildungscampus, auf dem Pflege für die nächsten 30 oder 40 Jahre ausgebildet werden soll, entstehen lassen, dann brauchen wir auch die modernsten Technologien, und wenn Sie die heute einkaufen, sind die wahrscheinlich in fünf Jahren schon veraltet. Deswegen würde mich da interessieren, wie Sie ein modernes Konzept so aufstellen, dass es dann wirklich up to date ist, wenn wir starten.

Vielleicht können Sie auch noch einmal etwas zum Thema Verzahnung mit der Praxis vor Ort und zur Zusammenarbeit mit der Charité sagen, weil das ja eben auch ein Leuchtturm ist, an dem Vivantes und Charité zusammenarbeiten, und das zumindest meine Fraktion, aber vielleicht ja auch alle anderen interessiert. – Damit habe ich den Besprechungsbedarf für meine Fraktion begründet und komme wieder in meine Rolle als Ausschussvorsitzende zurück.

Vorsitzende Silke Gebel: In dieser Rolle frage ich nun, ob es eine einleitende Stellungnahme des Senats gibt. – Frau Czyborra!

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Ich dachte, wir hätten uns darauf geeinigt, dass wir dann nach den Anzuhörenden sprechen, weil das Wort haben die Anzuhörenden, und dann schließen wir ab.

Vorsitzende Silke Gebel: Gut, dann haben wir das jetzt für alle Ewigkeiten für diesen Ausschuss als Standard festgelegt, dass sich der Senat in diesem Ausschuss zum Ende dann noch einmal mit einer Stellungnahme zu Wort meldet. – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung, und ich würde Herrn Dr. Danckert das Wort erteilen.



Dr. Johannes Danckert (Vivantes; Vorsitz der Geschäftsführung): Ja, ich mache eine kurze Einführung. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Wir haben Ihnen eine kleine Präsentation mitgebracht, die hoffentlich viele Ihrer Fragen zumindest teilweise beleuchtet. Ich würde dann gleich zu Anfang an meine Kollegin Frau Schmidt weitergeben. Wir haben uns die Präsentation aufgeteilt, damit Sie ein paar Insights in das Denken des Berliner Bildungscampus und in das, was wir da planen und wie die Ansätze sind, bekommen.

Es gibt ja hier unterschiedliche Kenntnisstände: Herr Bezirksstadtrat Schworck beispielsweise hat das Projekt intensiv mitbegleitet, auch hinsichtlich der Frage, welche Gedanken man sonst noch zu dem Campus am Wenckebach-Klinikum haben könnte. Insofern würden wir da noch einmal hinführen, damit alle den gleichen Stand haben.

ZUSAMMENFASSUNG

Vivantes

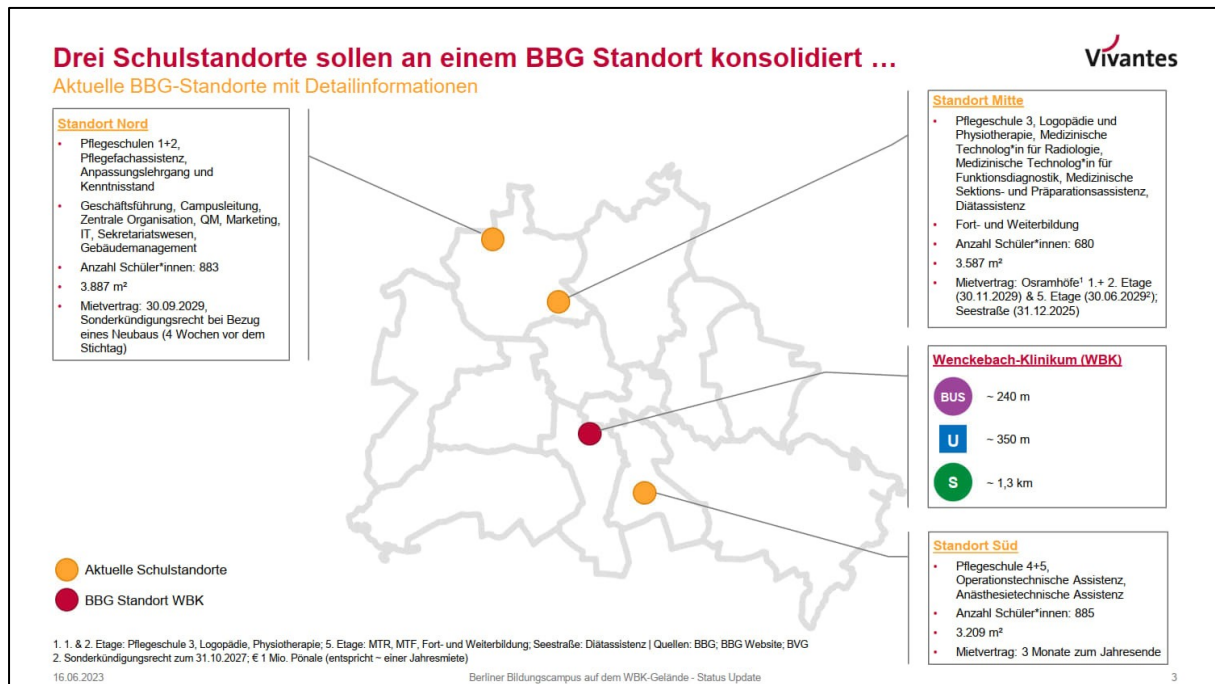
- Es soll ein Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe (BBG) geschaffen werden
 - Konsolidierung aller bestehenden Ausbildungsstätten von Charité / Vivantes
 - Erweiterung der Ausbildungskapazitäten auf 3.680 Schüler*innen
- Ursprünglich wurde die Ansiedlung und der Neubau des Bildungscampus am Askaniering in Spandau diskutiert und im Rahmen von Planungen bewertet
- Die Ansiedlung des Bildungscampus auf dem Gelände des Wenckebach-Klinikums (WBK) in Tempelhof wurde als valide Alternative akzeptiert und wird nun politisch befürwortet
 - Sukzessive Verlagerung des WBK an den Standort des Auguste-Viktoria-Klinikums erlaubt eine kurzfristige Freimachung von für den Bildungsbetrieb relevanten Flächen; Verlagerung von Geriatrie & Psychiatrie ab 2030
 - Bestandsgebäude in Kombination mit einem bis zu 10.000 m² großen Neubau bieten ausreichende Flächen für die Ansiedlung des Bildungscampus ergänzt um ein Wohnheim für Auszubildende
 - Verbleib des Hospizes sowie Schaffung von alternativen Versorgungsangeboten auf dem WBK-Gelände werden dabei berücksichtigt
- Eine zentrale Lage und eine sehr gute Verkehrsanbindung des WBK-Geländes wirken sich steigernd auf die Attraktivität des Ausbildungsstandortes Berlin aus

16.06.2023 Berliner Bildungscampus auf dem WBK-Gelände - Status Update 2

Dorothea Schmidt (Vivantes; Geschäftsführung Personalmanagement): Dann würde ich übernehmen. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, heute gemeinsam mit Herrn Dr. Danckert zu einem unserer Herzensprojekte zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich möchte Sie am Anfang gerne ein Stück weit abholen.

Worüber sprechen wir eigentlich an dieser Stelle? – Wir sprechen darüber, dass wir gemeinsam mit Ihnen in Berlin einen wirklichen Bildungscampus errichten möchten. Es wurde eben schon angesprochen: Ursprünglich war angedacht, dieses Projekt in Spandau zu realisieren. Wir sind dann aber über eine gedankliche Weiterentwicklung am Ende dazu gelangt, dass wir gesagt haben: Warum realisieren wir dieses Projekt eigentlich nicht auf dem wunderschönen Gelände des Wenckebach-Campus? Und genau deshalb sind wir auch heute hier, um Ihnen vorzustellen, wie weit wir aktuell in unseren Planungen und Überlegungen sind – einerseits baulich, andererseits aber auch finanziell, auch das wurde gerade angesprochen –, und wie es jetzt weiter vorangehen müsste, damit wir dieses Projekt auch wirklich gemeinsam realisieren.

Ich kann mich noch daran erinnern, als ich im Frühjahr 2020 mit dem damaligen Finanzsenator über meine Position gesprochen habe. Da sagte er damals: Frau Schmidt, da gibt es noch so ein tolles Leuchtturmprojekt, da soll nämlich ein Bildungscampus entstehen, und Sie werden Geschäftsführerin der BBG – für die ich ja heute auch spreche –, und Sie dürfen dieses Projekt realisieren. – Jetzt haben wir mittlerweile Sommer 2023, und wir sind nicht so wirklich weit vorangeschritten. Deshalb wollen wir Ihnen ein Stück weit aufzeigen, wie es vielleicht gehen kann, wie wir vielleicht gemeinsam dieses Projekt realisieren können.



Ich möchte Sie zunächst noch einmal abholen und mit Ihnen auf die Berliner Karte gucken. Ich weiß nicht, ob Sie alle darüber informiert sind: Wir haben heute in der BBG drei Schulstandorte, einmal im Norden Berlins, einmal in Berlin-Mitte und einmal im Süden von Berlin. Der rote Punkt, den Sie auf der Karte sehen, ist der Standort des heutigen Wenckebach-Krankenhauses. Wenn man sich diese Standorte anschaut und den Blick vielleicht auch auf die dortigen Schülerzahlen richtet, sieht man: Jeder einzelne dieser Standorte ist im Grunde schon so groß wie kaum eine Gesundheitsfachschule in Deutschland. Wir haben heute also schon ganz hohe Schülerzahlen. Wenn wir gemeinsam auf die Karte schauen, sehen wir aber auch: Wir haben natürlich überhaupt keinen Campuscharakter, sondern wir haben drei über die Stadt verteilte Schulstandorte, und es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, die an einem Standort in einem wirklichen Campus zu etablieren. Das ist das gemeinsame Ziel.

Drei Schulstandorte sollen an einem BBG Standort konsolidiert ...
Aktuelle BBG-Standorte mit Detailinformationen

Standort Nord

- Pflegeschulen 1+2, Pflegefachassistenz, Anpassungslehrgang und Kenntnisstand
- Geschäftsführung, Campusleitung, Zentrale Organisation, QM, Marketing, IT, Sekretariatswesen, Gebäudemanagement
- Anzahl Schüler*innen: 883
- 3.887 m²
- Mietvertrag: Sonderkündigungsrecht bei Bezug eines Neubaus (4 Wochen vor dem Stichtag)

Standort Mitte

- Pflegeschule 3, Logopädie und Physiotherapie, Medizinisch-technische Radiologieassistenz, Medizinisch-technische Funktionsassistenz, Medizinische Sektions- und Präparationsassistenz, Diätassistenz
- Fort- und Weiterbildung
- Anzahl Schüler*innen: 680
- 3.587 m²
- Mietvertrag: 30.06.2029¹ & 30.06.2029²
- 1 + 2. Etage (30.06.2029¹), 3. Etage (30.06.2029²)
- Seestraße (31.12.2025)

Standort Süd

- Pflegeschule 4+5, Operationstechnische Assistenz, Anästhesietechnische Assistenz
- Anzahl Schüler*innen: 885
- 3.209 m²
- Mietvertrag: 3 Monate zum Jahresende

1. Standort Mitte & OTA / ATA Standort Süd
2. Standort Süd
3. Standort Nord

Unter Berücksichtigung von Mietvertragslaufzeiten & der noch ausstehenden Verlagerungen von Geriatrie & Psychiatrie vom WBK an das AVK ergibt sich die präferierte Umzugsabfolge:

BUS - 240 m
U - 350 m
~ 1,3 km

Legende:
● Aktuelle Schulstandorte
● BBG Standort WBK

1. 1. & 2. Etage: Pflegeschule 3, Logopädie, Physiotherapie; 5. Etage: MTRA, MTFA, Fort- und Weiterbildung; Seestraße: Diätassistenz | Quellen: BBG, BBG Website, BVG
2. Sonderkündigungsrecht zum 31.10.2027; € 1 Mio. Pönale (entspricht ~ einer Jahresmiete)

16.06.2023 Berliner Bildungscampus auf dem WBK-Gelände - Status Update 4

Wir haben uns auch darüber Gedanken gemacht, wie wir diese Schulstandorte dorthin verlagern, wenn wir den Campus realisieren würden. Das kann natürlich nur Stück für Stück passieren. Wir haben uns auch angeschaut, wie die Mietverträge sind, denn für alle diese Schulen gibt es heute laufende Mietvertragsvereinbarungen. Wenn wir uns deren Kündigungszeiten anschauen, dann ergibt sich daraus auch ein Stück weit auch die Reihenfolge der perspektivischen Umzüge. Sie sehen es: Wir würden mit dem Standort Mitte und einem Teil des Standorts Süd beginnen. Dann würden wir den Rest des Standorts Süd verlagern und am Ende den Standort Nord. Das wäre die von uns in der Abfolge geplante Verlagerung der Schulstandorte an den Wenckebach-Campus.

... und die Kapazitäten auf 3.680 Schüler*innen erweitert werden
Darstellung der Nutzungsbedarfsdeckung



unterzubringender Personen

Personengruppe	Anzahl
Schüler*innen	3.680
Lehrkräfte	190
Schulleitungen inkl. Stellv.	29
GF + Campusleitung (CL)	4
Mitarbeiter*innen ZO	69
Mitarbeiter*innen WB	15
Summe:	3.987

Nutzflächenbedarfe

Bereiche	m² gesamt
Allgemeiner Unterrichtsbereich (Theoretischer Unterricht)	11.462
Skills-Zentrum (Praktischer Unterricht)	5.280
Mehrzweckbereiche	2.590
Ergänzende Flächen	3.070
Verwaltungsbereich	5.336
Wirtschaftsbereich	2.234
Gesamtfläche:	29.972

Deckung des Nutzflächenbedarfes i.H.v. ~ 30.000 m² als Grundvoraussetzung und Einschlusskriterium für die Bewertung der Geeignetheit des BBG Standortes

Quellen: BBG
16.06.2023

Berliner Bildungscampus auf dem WBK-Gelände - Status Update

5


Was wir Ihnen auch mitgebracht haben, ist eine Übersicht, über welche Schülerinnen- und Personenzahlen wir eigentlich künftig an diesem Gesundheitscampus sprechen. Sie sehen es: In der Endausbaustufe möchten wir an der BBG fast 3 700 Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichsten Gesundheitsberufen ausbilden, primär in der Pflege, aber eben auch in vielen anderen Berufen. Um Schülerinnen und Schüler gut auszubilden, braucht es natürlich auch entsprechende Lehrkraftzahlen, es braucht Campusleitungen, und es braucht natürlich auch Beschäftigte rundherum, die einen solch großen Campus am Laufen halten, sodass wir am Ende des Tages auf fast 4 000 Menschen kommen, die wir auf diesem Campusgelände unterbringen und natürlich auch versorgen müssten.

Sie sehen auf der anderen Seite: Um all diese Menschen gut unterbringen und die Schülerinnen und Schüler ausbilden zu können, braucht es auch entsprechende Flächen. Wir haben das mal auf die einzelnen Bereiche, die man für einen solchen Bildungscampus braucht, aufgesplittet. Am Ende des Tages benötigen wir rund 30 000 Quadratmeter, um das alles auch wirklich realisieren zu können. Diese Voraussetzungen sind auf dem Wenckebach-Gelände erfüllt. Das ist, glaube ich, die wirklich gute und positive Botschaft: Das Wenckebach-Gelände würde das alles möglich machen.



Um Ihnen auch ein bisschen eine Vorstellung davon zu geben, wie das Ganze aussehen könnte, haben wir Ihnen auch ein paar Bilder mitgebracht. Wenn man sich das Gelände des Wenckebach-Campus vorstellt – ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal auf diesem wunderschönen Gelände war –, dann haben wir einen Bereich, den wir von Vivantes-Seite auf jeden Fall dort belassen würden, und das ist das Vivantes-Hospiz. Sie sehen das orangefarbene Kästchen. Dieses Hospiz wird vom Vivantes-Konzern betrieben und würde auch auf diesem Gelände verbleiben.

Dann sehen Sie, dass der Großteil des Geländes auch wirklich für den künftigen Bildungscampus benötigt würde. Wir hätten an den Seiten also Flächen, die wir für Bildungsflächen verwenden würden. In der Mitte hätten wir eine große Kernzone – das kommt gleich in Bildern auch noch ein bisschen detaillierter –, und wir hätten zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Psychiatrie einmal verlagert wäre, auf der Fläche des blauen Dreiecks auch die Möglichkeit, dort noch Wohnraum oder Wohnheimmöglichkeiten zu schaffen. Wir stellen fest, dass das etwas ist, was für Auszubildende zunehmend an Bedeutung gewinnt, weil die Wohnraumsituation in Berlin – das muss ich Ihnen nicht erzählen – natürlich gerade für junge Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen, mehr als schwierig ist. Wir würden uns dadurch in Summe noch einmal eine höhere Attraktivität versprechen.

Nächste Schritte wurden definiert & befinden sich in Umsetzung 

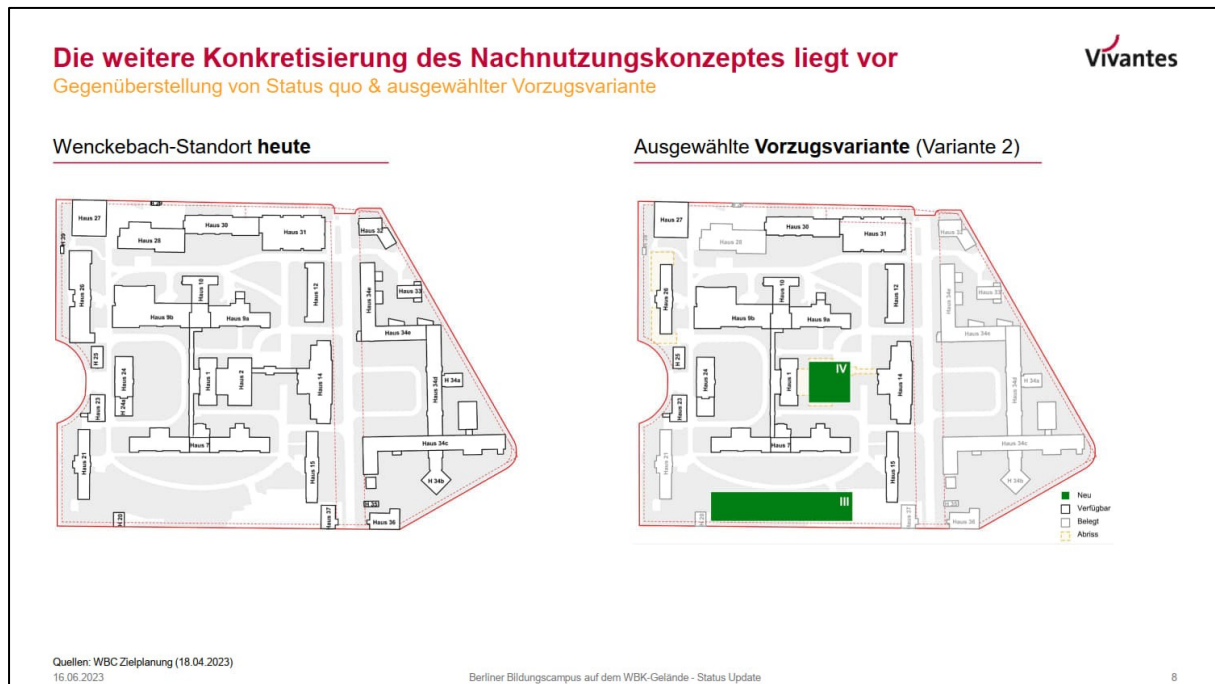
Zusammenfassung & weiteres Vorgehen

- WBK-Gelände bietet eine ausreichende Nutzfläche für die Ansiedlung des BBG mit 3.680 Schüler*innen
- Die nächsten Schritte umfassen:

1	Erstellung eines präzisierenden Raum- und Funktionsprogramms	<input checked="" type="checkbox"/>
2	Sicherstellung der Finanzierung von Planung und Planungsumsetzung	<input type="checkbox"/>
3	Initiierung und Durchführung eines Auswahlverfahrens für einen Planer gem. Vergabeverordnung	<input type="checkbox"/>

16.06.2023 Berliner Bildungscampus auf dem WBK-Gelände - Status Update 7

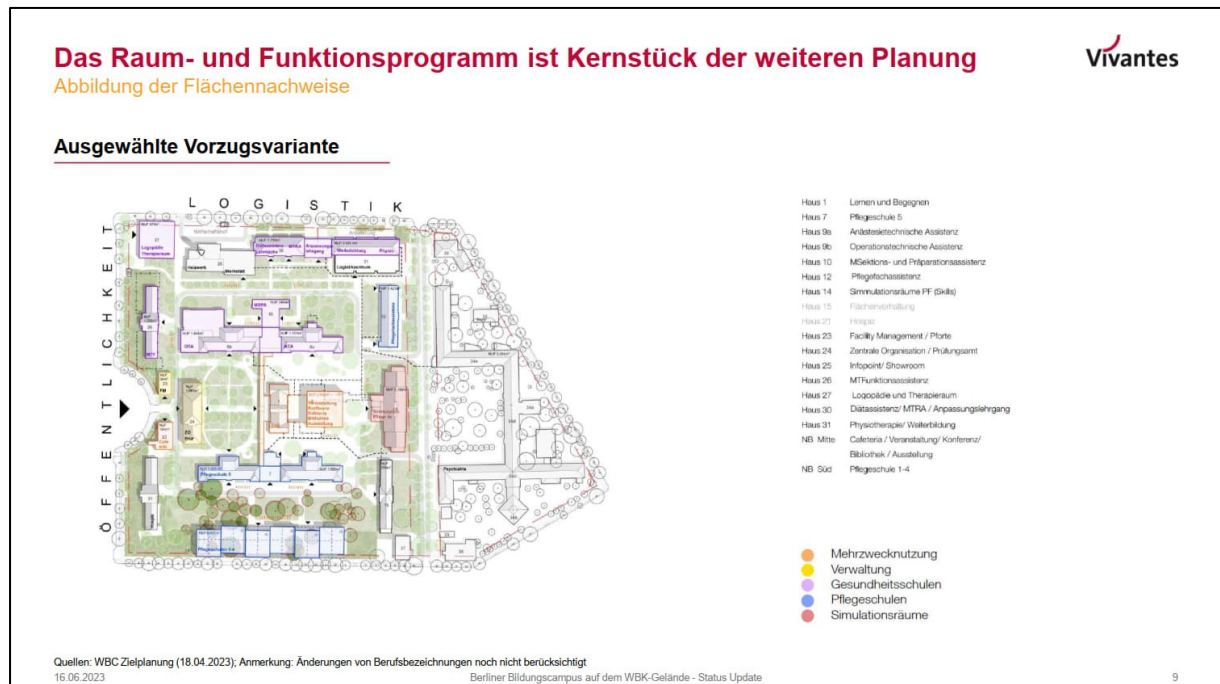
Was ist zu tun? Was sind die nächsten Schritte, wenn wir diesem Projekt näherkommen beziehungsweise es wirklich realisieren wollen? – Zum einen bedarf es natürlich einer präzisen Raum- und Funktionsplanung. Die sind wir angegangen und haben hier auch die entsprechenden Unterlagen vorliegen und vorbereitet. Was aber ganz wichtig ist, ist natürlich, dass dieses Projekt am Ende des Tages hinsichtlich seiner Finanzierung durchgeplant ist und dass die Finanzierung auch wirklich sichergestellt ist. Da sind wir uns, glaube ich, an dieser Stelle alle einig. Und dann müssen natürlich die weiteren Planungs- und Verfahrensschritte entsprechend umgesetzt werden, aber das macht erst Sinn, wenn wir wissen, dass die Finanzierung auch wirklich so erfolgen kann, wie wir sie für dieses Projekt benötigen.



Ich habe Ihnen hier noch einmal ein paar Detailansichten mitgebracht. Auf der linken Seite sehen Sie das Wenckebach-Krankenhaus heute. Das ist der Krankenhausstandort, wie wir ihn heute kennen, und wir haben uns im Laufe der letzten Monate viele Gedanken darüber gemacht, wie wir diesen Campus und die Gebäudestruktur, die sich dort befindet, sinnvoll für einen künftigen Bildungscampus nutzen können. Ein Teil der Gebäude steht unter Denkmalschutz. Auch das muss berücksichtigt werden, auch später im Planungs- und Umsetzungsverfahren. Es betrifft aber nicht alle Gebäude. Ein Teil der Gebäude ist auch nicht wirklich nutzbar, das heißt, wir werden uns auch von Gebäuden trennen müssen, und wir werden an bestimmten Stellen Neubauten errichten. Wir haben versucht, das ein Stück weit farblich zu kennzeichnen.

Ich möchte Ihren Blick vielleicht auf diese beiden dunkelgrünen Kästchen richten: Einmal sehen Sie in der Mitte ein Kästchen, das wie eine Art Würfel aussieht. Hier stellen wir uns einen zentralen Begegnungsort vor. Ein Campus – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – braucht einen zentralen Mittelpunkt; einen Ort, an dem man sich trifft, an dem man sich begegnet, wo man in den Austausch gelangt, wo man auch gepflegt wird – auch das ist für junge Menschen in Ausbildung und für die Lehrkräfte wichtig – und wo man einfach einen zentralen Ort der Begegnung vorfindet.

Das andere, größere grüne Kästchen wäre ein Neubau, in dem wir die Pflegeschulen insgesamt unterbringen würden. Die Pflegeschulen sind ja letztlich der Teil, an dem wir die meisten Auszubildenden benötigen und auch ausbilden, sowohl für Vivantes als auch für die Charité. Deshalb brauchen wir hier auch entsprechende Räumlichkeiten, um die fünf Pflegeschulen, die wir heute an den verschiedenen Standorten haben, dann dort sinnvoll und gut miteinander zu bündeln.



Wir haben Ihnen das Ganze noch einmal ein bisschen anders visualisiert, damit Sie eine Vorstellung bekommen, wie das Ganze dann in der Raum- und Funktionsplanung aussehen könnte. Das kann für Sie vielleicht als Illustration dienen.



Vivantes

Die Leitideen

- Zentraler **Begegnungsort** für Lernende und Lehrende mit aktiver Campusmitte
- Charakteristischer Neubau an zentraler Stelle als **Kontrast** zum denkmalgeschützten Bestand
- **Vielfältige Lernorte** durch große, offene Raumstrukturen
- **Nutzung von Synergien** und Bildung einer **klaren Adresse**
- **Umsetzung eines Nachhaltigkeitskonzeptes** durch Gebäudeerhalt & energetische Sanierung sowie Nutzung von erneuerbaren Energien
- Fördern einer **behutsamen Entwicklung**

Hier sehen Sie noch einmal ein Bild von diesem schönen Campus. Sie sehen es: Es ist ein parkähnliches Gelände mit einer alten Gebäudestruktur, und das bietet natürlich ganz andere Möglichkeiten, um diesem Campusgedanken auch wirklich Rechnung zu tragen. Unser Traum, unser Bild ist es, dass wir die heutigen drei Pflegeschulen auf diesem Gelände vereinen, dass wir einen zentralen Begegnungsort für die Auszubildenden schaffen, dass wir ganz unterschiedliche Lernorte gestalten. Frau Vorsitzende, Sie hatten es angesprochen: Lernorte müssen heute ganz anders aussehen als vor 20 oder 30 Jahren, und in zehn Jahren haben wir wahrscheinlich noch einmal einen etwas anderen Anspruch. Genau das versuchen wir heute schon mit aufzugreifen und vor allen Dingen mit den Expertinnen und Experten der BBG zu besprechen – da haben wir ja die Fachleute, die wissen, wie man moderne, zeitgemäße Bildung macht. Genau die binden wir natürlich in diese Bauidee und in die Konzeption mit ein, an der wir jetzt arbeiten.

Berliner Bildungscampus wird zum innovativen Lern- & Lehrort
Abbildung der Leitideen als Grundlage der Konzepterstellung

Zentraler Begegnungsort



- Zentrale öffentliche Funktionen
- Einsehbarkeit und Erreichbarkeit für Schüler*innen/ Lehrende und Gäste
- Gemeinsamer Veranstaltungsort
- Vis-à-vis von Alt und Neu

Vielfältige Lernorte



- Seminarräume für kleine Gruppen
- Dritter Lernraum
- Laptopstationen
- Bibliotheksräume
- Lerninseln

Nachhaltigkeitskonzept



- Erhalt der Bestandsgebäude
- Energetische Sanierung der Bestandsgebäude
- Erneuerbare Energien
- Fördermöglichkeiten und Zertifizierungen

Quellen: WBC Zielplanung (18.04.2023)
16.06.2023


Berliner Bildungscampus auf dem WBK-Gelände - Status Update

11

Hier sehen Sie auch noch einmal ein paar Bilder zu dem zentralen Begegnungsort – ich hatte ihn angesprochen –, diesem Mittelpunkt auf dem Campus, an dem die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte einen Ort der Begegnung haben, an dem dann aber natürlich auch eine entsprechende Speisenversorgung angesiedelt sein wird. Die verschiedenen Lernräume, Seminarräume, Bibliotheksräume und Lerninseln sollen so gestaltet werden, wie man sich einen zeitgemäßen Campus vorstellt. Was uns natürlich ganz wichtig ist, auch als Landesunternehmen, ist, dass dem Gedanken und der Zielsetzung der Nachhaltigkeit bei diesem Bauprojekt Rechnung getragen wird.

Am Ende bleiben die Finanzen, ein wichtiger Aspekt. Da würde ich an Herrn Dr. Danckert übergeben.

Kostenübersicht für den Bildungscampus am WBK wurde erstellt
Gesamtübersicht



Bezeichnung	Typ	Nutzung	Bauphase	€ - Phase 1	€ - Phase 2	€ - Phase 3	€ - Gesamt
Haus 1	Sanierung/Umbau	Lern- und Begegnungsraum	2		7.667.207 €		7.667.207 €
Haus 2	Ersatzneubau	Hauptgebäude (Cafeteria, Bibliothek, Ausstellung, Konferenz)	2		36.352.557 €		36.352.557 €
Haus 7	Sanierung/Umbau	Pflegeschule 3	1	20.189.263 €			20.189.263 €
Haus 9	Sanierung/Umbau	Gesundheitsfachschulen OTA und ATA (inkl. Skills OP)	1	31.731.065 €			31.731.065 €
Haus 10	Sanierung/Umbau	Gesundheitsfachschule MSPA	1	3.071.032 €			3.071.032 €
Haus 12	Sanierung/Umbau	Pflegeschule Pflegefachassistenz	3			12.609.178 €	12.609.178 €
Haus 14	Sanierung/Umbau	Skills-Labs / Simulationsräume für Pflegeschulen (4x)	3			33.638.180 €	33.638.180 €
Haus 15	Sanierung/Umbau	Vorhaltung	3			2.535.074 €	2.535.074 €
Haus 23	Sanierung/Umbau	Café und Information	2		2.527.109 €		2.527.109 €
Haus 24	Sanierung/Umbau	Zentrale Organisation, Leitung und Prüfungsamt	2		9.695.528 €		9.695.528 €
Haus 25	Sanierung/Umbau	Facility Management	3			1.055.367 €	1.055.367 €
Haus 26	Sanierung/Umbau	Gesundheitsfachschule MTF (inkl. Skillsräume)	1	9.798.931 €			9.798.931 €
Haus 27	Sanierung/Umbau	Gesundheitsfachschule Logopädie (inkl. Therapieraum)	1	5.958.978 €			5.958.978 €
Haus 28	Sanierung/Umbau	Heizhaus und weitere technische Infrastruktur, Lager	1	6.762.799 €			6.762.799 €
Haus 30	Sanierung/Umbau	Anpassungslehrgang, Diätassistenz, MTR (inkl. Skillsr.)	1	18.337.212 €			18.337.212 €
Haus 31	Sanierung/Umbau	Weiterbildung (inkl. Skillsr.), Physiotherapie (inkl. Bewegung)	1	21.875.212 €			21.875.212 €
Haus 37	Sanierung/Umbau	Vorhaltung	3			2.033.193 €	2.033.193 €
Lernort Süd	Neubau	Pflegeschulen 4 & 5 sowie 1 & 2	2-3		34.636.846 €	34.636.846 €	69.273.691 €
Außenanlagen	(übergeordnet)	Parkplätze; Schranke; Baumschutz, -fällungen, -pflanzungen	1-3	2.882.069 €	1.441.034 €	1.441.034 €	5.764.138 €
Infrastruktur	(übergeordnet)	Wasser, Wärme, Strom, Daten, GLT/MSR, PV, Geothermie	1-3	18.727.500 €	9.363.750 €	9.363.750 €	37.455.000 €
GESAMT				139.334.062 €	101.684.030 €	97.312.623 €	338.330.715 €

Anmerkung: Alle Kosten-Kennwerte sind auf das Erstelldatum der Kostenermittlung (Q1/2023) indiziert. Eine Prognose für den Index zum Zeitpunkt des Baubeginns ist nicht enthalten.
16.06.2023 Berliner Bildungscampus auf dem WBK-Gelände - Status Update 12

Dr. Johannes Danckert (Vivantes; Vorsitz der Geschäftsführung): Wir haben als Erstes versucht abzutragen, was uns der Bildungscampus in den drei Ausbaustufen kosten würde. Diese Phasen, die Sie hier als Spalten abgetragen sehen, sind auch die entsprechenden Umzugschritte, die Sie vorne dargestellt bekommen haben, die sich sowohl an den Mietverhältnissen als auch an der Dringlichkeit orientieren. Insofern ist hier in der Bauphase 1 dargestellt, dass beispielsweise die Gesundheitsfachschule der MTF und die Gesundheitsfachschule Logopädie und einige Anpassungslehrgänge zuerst umziehen, weil bestimmte Gebäudestrukturen dafür jetzt umgerüstet werden müssten. Die würden dann aus dem Standort Mitte, glaube ich, als Erstes umziehen. Der letzte Mietvertrag läuft bis 2029.

Es gibt natürlich immer die Variante, alles gleich auf einmal umzubauen. Wir haben aber jetzt funktionierende Strukturen, und wenn wir dann schrittweise die Gebäude, die ja teilweise unter Denkmalschutz stehen, vorbereiten, oder neue Flächen schaffen, dann dauert das alles seine entsprechende Zeit. Jetzt kann man auch sagen: Das ist eine Menge Geld. – Ja, aber es wird auch eine Menge dafür geschaffen. Der Ausbildungscampus würde in der Endausbaustufe zu den größten in Deutschland gehören; er wäre innerstädtisch gut gelegen, infrastrukturell gut angebunden. Ich glaube, dazu kann Herr Schworck gleich auch noch eine Menge sagen, was das für den Stadtteil im Einzelnen heißt.

Wir hatten ja gerade auch den Aspekt angesprochen, ob wir denn auch so bauen, dass es zukunftssicher ist. Das hatte Frau Schmidt schon angerissen; aber solche Sachen wie Skills Lab oder Simulationsräumlichkeiten werden auch vorgesehen. Ich glaube jedoch, dass es bei Gesundheitsberufen künftig zwar auch digitaler vonstattengeht, auch unter dem Einbezug neuer Lern- und Lehrmethoden, es werden jedoch immer Berufe sein, die natürlich irgendwie durch Gemeinschaft geprägt sind und an Menschen stattfinden. Wenn man sich also überlegt, ob wir alle Büroräumlichkeiten brauchen, die wir derzeit nutzen, branchenübergreifend hinsichtlich der Entwicklung von Digitalisierungsmöglichkeiten nach Corona? – Nein, da brauchen wir

Bezirksstadtrat Oliver Schworck (BA Tempelhof-Schöneberg): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren! Schon seitdem ich die Verantwortung für den Gesundheitsbereich übernommen habe, wusste ich – und bin nach wie vor davon überzeugt –, dass wir in Berlin nicht nur Gesundheitsstandorte erhalten müssen, in welcher Form auch immer, sondern sie möglicherweise sogar ausbauen müssen. Was mich im Laufe der Entwicklung zum Standort Wenckebach-Krankenhaus auch angestachelt hat, war die Vorstellung, dass wir hier eine Möglichkeit haben, einen attraktiven Standort für das Thema Ausbildung aller Gesundheitsberufe zu errichten, und sogar zu einer Erweiterung kommen, denn ich bin sicher, dass wir genau das in den nächsten Jahren auch brauchen. Wir müssen attraktiver werden; wir müssen dafür sorgen, dass wir viel mehr Menschen davon überzeugen, in die Gesundheitsberufe zu gehen, und deswegen war das hier eine wirklich deutlich gute Chance. Deswegen danke ich auch für die Entwicklung der letzten wenigen Jahre und den Mut so vieler Menschen, diesen Weg einzuschlagen, und genau so zu entscheiden. Ich bin davon überzeugt, dass es genau die richtige Entscheidung ist.

Für die Bezirksamt will ich nur drei Punkte herausheben, die – jedenfalls aus unserer Sicht – wichtig sind. Der erste Punkt ist die Bedeutung der Ansiedlung für den Stadtteil. Wenn man sich vorstellt, dass perspektivisch in Tempelhof 3 700 Auszubildende unterwegs sein werden, dann stutzen alle Tempelhoferinnen und Tempelhofer erst einmal kurz, glaube ich, weil man sich das für Tempelhof womöglich gar nicht vorstellen kann. Diese Ansiedlung wird einen sehr positiven Einfluss auf die weitere Entwicklung in diesem Ortsteil haben, und es wird für viele junge Menschen ein wichtiger Bezugspunkt werden – tagsüber, aber womöglich auch noch abends. Wir werden Veränderungen am Tempelhofer Damm und rundherum erleben; da wird es etwas geben. Es wird in diesem Ortsteil etwas passieren. Das finde ich schon einmal sehr gut, und es wird diesen Ortsteil auch beleben. Es wird Auswirkungen und eine Ausstrahlkraft auf alle möglichen Bereiche haben, die man sich da vorstellen kann: Die Geschäfte werden sich verändern; es wird, glaube ich, sehr attraktiv werden. Das ist jedenfalls die Hoffnung, die sich damit verbindet. Möglicherweise – man weiß es ja nicht – gibt es sogar neue Freizeitangebote kultureller Art in Tempelhof. Das wäre ein Novum. Es gibt da also auch für uns eine ganze Menge Potenzial.

Ich habe es schon gesagt: Zum zweiten ist es wichtig, dass dieser Gesundheitsstandort erhalten bleibt. Es gab viele Diskussionen darum, was dort auf dem Standort passiert, und wie es dort nach der Entscheidung weitergeht, die Stationen von AVK und Wenckebach-Krankenhaus zusammenzulegen. Droht etwa, dass wir dieses Grundstück verkaufen, dort mehr oder weniger privaten Wohnungsbau errichten, eine weitere Verdichtung erreichen und vor allem auch die alten Gebäude verschwinden werden?

Mit dieser Möglichkeit, die jetzt aufgezeigt wurde, dieser Entwicklung, die wir gehen wollen, erreichen wir sowohl einen Bestandserhalt – wir haben einen Gesundheitsstandort mit Geschichte – als auch das Potenzial, sehr attraktive Angebote zu machen. Es wird durch diesen Gesundheitsstandort zu weiteren Synergien kommen. Frau Schmidt hat schon darauf hingewiesen; ich bin auch aus Sicht des Bezirks und aus Wirtschaftsförderungssicht davon überzeugt, dass dieser Campus eine weitere Magnetwirkung entfalten wird. Es wird Unternehmen geben, vielleicht sogar private Schulen oder Sonstiges, die sich im Umkreis dieses BBG ansiedeln wollen. Es wird damit auch weitere Synergien geben können, weitere Kooperationen, die auch wiederum Rückwirkungen haben werden auf die Ausbildung und den Praxisbezug. Ich bin fest überzeugt, dass das so sein wird. Die Dynamiken, die es bei der Diskussion um diesen Campus jetzt schon gibt, zeigen, dass es ein ganz hohes, brennendes Interesse gibt – in Berlin, in Brandenburg, aber auch darüber hinaus –, sich diesen Standort genauer anzuschauen und mitzuhelfen.

Ich mache einen letzten Punkt – und der ist aus meiner Sicht tatsächlich sehr wichtig und war möglicherweise auch ein Auslöser für Ideen, für die ich mich sehr schnell auch eingesetzt habe, diesen Campus zu entwickeln: Natürlich gibt es mit der Entscheidung über die Zusammenlegung von Stationen des Wenckebach-Krankenhauses und des AVK und über den Neubau am Standort AVK bestimmte Angebote auf dem Wenckebach-Gelände nicht mehr. Damit ist auch die Sorge gewachsen, ob diese Entwicklung eine negative Auswirkung auf die gesundheitliche Versorgung im Bezirk haben könnte. Gesundheit ist ein sehr emotionales Thema, und deswegen sind viele Diskussionen darum auch sehr emotional geführt worden. Ich glaube aber, dass wir dadurch, dass wir sowohl mit Vivantes, mit Dr. Danckert, als auch mit dem Bezirk und den Abgeordneten – viele waren ja bei den Diskussionen dabei – geredet haben, ein Forum gefunden haben, uns mit den Sorgen und Nöten auseinanderzusetzen. Schlussendlich haben wir eine Verabredung treffen können, und ich bin sehr dankbar dafür, mit Vivantes die gesundheitliche Versorgung im Bezirk genauer anzuschauen und die Entscheidung über die Verlegung von Stationen dazu zu nutzen, in die Kommunikation zu kommen. Dadurch können wir eine Grundlage dafür schaffen, dass wir auch über gesundheitliche Versorgung im Bezirk reden können und auch über Bedarfe, die formuliert wurden, um hier eine sehr sachliche Grundlage zu haben, auch über eine Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung im Bezirk nachzudenken. Wir sind ja jetzt kurz davor, dieses Gutachten fertig zu stellen und zu präsentieren; also, Vivantes ist kurz davor, und wir begleiten das über den Krankenhausbeirat sehr intensiv. Da wird sich zeigen, dass sich die Sorgen nicht bewahrheiten werden, die es da gibt, und dass wir im Gegenteil hier die Chance haben, über so ein Gutachten auch Ziele und Marken zu setzen für die Perspektive, um sehr frühzeitig daran zu arbeiten, in bestimmten Bereichen auch eine Weiterentwicklung zu verfolgen.

Natürlich – und das wird uns nicht wundern – wird der Pflegebereich hier eine ganz starke Rolle übernehmen. Zukünftig werden wir auch in Tempelhof-Schöneberg einen ansteigenden Bedarf für die Pflege haben, aber auch die Kooperation mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten wird im Fokus stehen. Auch der Umbau und die Vorbereitungen für barrierearme Zugänge für Praxen wird im Fokus stehen, und wir werden diese Diskussionsprozesse sehr zeitig angehen können. Ich glaube, so ein Beispiel gab es dann in anderen Bezirken noch nicht. Wir können dann also mit allen möglichen Protagonisten in eine Leitlinienplanung gehen und eine Zielsetzung vornehmen, um hier weiter und stringent an einer Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung im gesamten Bezirk zu arbeiten, und natürlich hat es auch Ausstrahlkraft auf die Nachbarbezirke. Logisch. Das finde ich eine ganz hervorragende

Ausgangssituation, nicht nur für einen einzelnen Standort, sondern für die gesamte Lage im südlichen Teil Berlins. Auch hier wird es dann möglich sein, über Kooperationen zu sprechen und sich darüber Gedanken zu machen, wie wir uns eigentlich weiterentwickeln wollen, was noch konkretere Bedarfe für die nächsten Jahre sein werden – nicht nur in Tempelhof-Schöneberg, sondern überhaupt in den einzelnen Bereichen der Gesundheit – und wie wir da hinkommen.

Gute Beispiele gibt es in Berlin bereits: Ich glaube, dass wir auch zum Beispiel mit dem Standort Buch zu einer Kooperation kommen können, wo es ja viele Vorschläge gegeben hat, wie wir zukünftig gerade im Bereich Gesundheit und im Pflegebereich weiterkommen müssen. Das wird ermöglichen, auch hier Zeichen zu setzen. Alles in allem ist es also ein großartiger Start in eine wunderbare Perspektive, mit Dynamiken, die wir uns zum Teil jetzt noch nicht vorstellen können, und der Bezirk wird alles dafür tun, dass wir diese Entwicklung positiv und schnell begleiten. – Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Danke, Herr Schworck, für diese Ausführungen, die uns auch bis an den nördlichen Stadtrand in Buch geführt haben! – Ich würde jetzt einmal eine Runde hier im Ausschuss machen, danach hätten Sie auch noch einmal die Gelegenheit zu replizieren. Ich will einmal mit Blick auf die Uhr das zeitliche Management ansprechen: Wir nehmen uns die Zeit, die wir brauchen, aber wir haben noch einen zweiten Tagesordnungspunkt, zu dem auch Leute geladen sind, und die sind zu 11.15 Uhr geladen. Das kann man sicherlich mit ein bisschen Puffer machen, aber ich wollte einmal für alle sagen, dass wir danach noch ein bisschen was zu tun haben. – Frau Pieroth!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Ich freue mich sehr über diese in meinen Augen landesweite fachlich richtige Entscheidung, und ich glaube, wir sprechen hier auch genau zum richtigen Zeitpunkt. Eine breite Vorarbeit ist, wie Herr Schworck richtig gesagt hat, im Bezirk mit Krankenhausbeirat geschehen, vor allen Dingen, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Mir liegt hier ein Protokoll des Gesundheitsausschusses in Tempelhof-Schöneberg aus dem Januar vor, wo Sie vor Ort waren. Das rege ich auch für diesen Ausschuss an, dass wir uns das Ganze einmal vor Ort anschauen. Da wird einem einfach noch einmal viel klarer, was das für das gesamte Land Berlin ausmacht.

Ich habe drei Anregungen und würde dann gerne wissen, was Sie dazu denken, aber auch, was der Senat dazu denkt. Einmal würde ich es gut finden, nach wie vor von einem Gesundheitscampus zu sprechen, und nicht von einem Bildungs- oder Pflegecampus, da ja auch das Hospiz vorgehalten wird und – wie Sie auf Ihrer ersten Folie richtig sagen – auch alternative Versorgungsangebote geschaffen werden sollen, die vielleicht die Anbindung vor Ort zeigen würden. Teile des Wenckebach-Komplexes stehen seit 15 Jahren leer. Da käme so eine Lebhaftigkeit in den Bezirk, da passiert jetzt was. Da könnte ich mir wunderbar ein integriertes Gesundheitszentrum vorstellen. Wir haben jetzt gerade das Klinikum Am Urban und das Klinikum Neukölln vernetzt; das ist integrierte Versorgung, in der stationäre und ambulante Angebote zusammenlaufen. Und das könnte ich mir beispielsweise in einem Haus 36 oder 37, die ich auf dem Plan gesehen habe, ganz gut vorstellen, damit man in dem Übergang schon mal etwas aufzeigen kann.

Die zweite Geschichte bezieht sich auf etwas, was Sie auch richtig gesagt haben: Ich habe jetzt schon einmal gehört, dass es sich ja ausschließlich um einen Umzug handelt, nämlich

den Umzug von den drei Standorten nach Tempelhof. Ich würde immer von einer Erweiterung sprechen. Ich habe jetzt noch einmal gerechnet: Das sind immerhin 1 232 Pflegende, die zusätzlich ausgebildet werden. Auch das wird eine Akzeptanz in der Stadt schaffen, und vielleicht kann der Senat das ja auch im Hinblick auf die Chefinnengespräche, die, glaube ich, noch vor der Sommerpause stattfinden, einfach zum Anlass nehmen, sich über die Standorte, die jetzt nach und nach leer gezogen werden, schon Gedanken zu machen, denn das ist ja auch Potenzial, das dann für die ganze Stadt bereitsteht. Das schafft vielleicht Akzeptanz.

Und bei der dritten Geschichte geht es jetzt ausschließlich um die Finanzierung. Klar, mit 140 Millionen Euro erreichen wir irgendwie knapp unter Bundesdurchschnitt die Summe, die uns für unsere gesamte Krankenhauslandschaft zur Verfügung steht. Da wollte ich anregen – wenn hier 3 600 Pflegekräfte ausgebildet werden, steht das ja allen Krankenhäusern und allen Pflegeeinrichtungen irgendwann zur Verfügung –, ob es nicht auch Möglichkeiten gibt, dieses Geld aus einem anderen oder zusätzlichen Etat in Anspruch zu nehmen. Das nur mal so als Gedankenspiel. Wir haben zwar mit der Krankenhausreform sicherlich auch zusätzliche Gelder für Veränderungen zur Verfügung, aber vielleicht ist das eine Überlegung wert. Und dann wollte ich wissen: Was sind die Alternativvorschläge, wenn wir das mit diesen 140 Millionen Euro im dritten Quartal nicht hinkommen? Wir müssen ja auch noch hinkriegen, dass diese BBG-Eigentümerin einen Erbbauvertrag bekommt, wie Sie hier richtig angemerkt haben. Gibt es da also auch Alternativvorschläge? Gehen Sie doch auf diesen Punkt noch einmal ein, denn wenn das in diesem Jahr nicht stattfindet, scheint es ja nicht wirklich etwas zu werden.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank, Frau Pieroth! – Dann Herr Düsterhöft!

Lars Düsterhöft (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Schön, dass Sie heute da sind und uns mit Ihrem Wissen zur Verfügung stehen.

Ich glaube, es ist auf jeden Fall sehr deutlich geworden, dass der Ausbau sinnvoll ist, dass das Zusammenlegen der Standorte sinnvoll ist und dass auch gerade die Steigerung der Ausbildungszahlen ein sehr starkes Signal für die Berufe wäre. Deswegen hat dieses Vorhaben ja auch in der alten Koalition schon Unterstützung gefunden, und in der neuen Koalition gleichermaßen. Ich vermute auch, dass wir uns alle über ein schnelles Baugeschehen freuen würden. Wenn der Zeithorizont jetzt bei 2032 liegt, bis alles fertig ist, dann würden sich wahrscheinlich viele hier wünschen, dass das ein paar Jahre schneller gehen würde. Aber wir haben ja auch schon einiges dazu gesagt, warum das so ist.

Einige Fragen habe ich aber auf jeden Fall doch noch. Beispielsweise würde ich gern wissen, wie viele Wohnheimplätze denn vorgesehen sind. Bei knapp 4 000 Azubis gibt es ja sicher einen sehr großen Bedarf, wobei nicht alle von außerhalb kommen werden, sondern auch sehr viele Berlinerinnen und Berliner eine Ausbildung in diesem Bereich anstreben werden. Gibt es da auch Kooperationsüberlegungen? Unter Umständen muss Vivantes das ja gar nicht selbst machen, sondern gemeinsam mit der Berlinovo beispielsweise, die ja, was das Schaffen von Wohnheimplätzen angeht, sehr rührig und aktiv ist. Das würde mich interessieren, ob es da schon Gespräche bezüglich einer Kooperation gab oder gibt.

Dann würde ich gerne wissen, was mit der angedachten ambulanten Versorgung am Standort ist. Das war ja, glaube ich, mal so ein Konzept, das man sich für den Standort überlegt hatte, um auch die medizinische Versorgung für den Kiez, aber auch für die Region in Gänze, an-

bieten zu können. Ist das noch mit eingeplant? Oder ist tatsächlich der Raumbedarf so groß, dass das gesamte Areal für den Campus benötigt wird?

Dann würde mich natürlich auch noch einmal die Finanzierung ein bisschen detaillierter interessieren. Ganz konkret habe ich die Frage: Was muss in den Jahren 2024 und 2025 im Haushalt drinstehen? Wie groß ist der Eigenanteil durch Vivantes? Inwiefern wurde eine Kreditfinanzierung schon ins Auge gefasst? Wenn man fast 4 000 Menschen in den Gesundheitsberufen ausbildet, sind ja auch einige Berufe dabei, die durch eine Umlage refinanziert werden. Da gibt es ja auch entsprechende Einnahmen beziehungsweise ein gemeinschaftliches Refinanzieren dieser Ausbildung. Das würde mich noch einmal interessieren, welche Finanzierungskonzepte es bereits gibt, oder ob es wirklich darum geht, bis 2032 338 Millionen Euro im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen, beziehungsweise auch noch einmal so etwas wie 150 Millionen Euro oben drauf zu packen, weil einfach die Inflation alles auffrisst. Das würde mich interessieren. – Haben Sie vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank, Herr Düsterhöft! – Dann habe ich als Nächsten Herrn Zander auf der Liste.

Christian Zander (CDU): Vielen Dank! – Ich knüpfe da ein bisschen an. Ein Grund für die Lösung am Wenckebach-Gelände waren ja auch die hohen Kosten und die baulichen Gegebenheiten, die nicht mehr so ganz einem modernen Krankenhaus entsprechen. Aber die Kosten für den Pflegecampus sind ja deutlich höher als die Sanierungskosten, die damals für das Wenckebach-Krankenhaus veranschlagt wurden. Da jetzt einfach mal diese 283 Millionen Euro on top aufzuschlagen, ist natürlich schon eine ganz schöne Summe. Und ich weiß ja nicht, ob das wirklich passieren kann. Deswegen ist auch meine Frage, mit welchen alternativen Finanzierungsquellen, abgesehen von den 45 Millionen Euro, das passieren könnte. Wie viel könnte aus dem eigenen Vivantes-Haushalt einfließen? Es stellt sich auch die Frage, zu welchem Zeitpunkt diese Fördermittel von 45 Millionen Euro fließen, weil das ja auch entscheidend dafür ist, was dann noch in den Haushalt eingestellt werden müsste.

Noch etwas zu den Kosten: Wenn ich mich nicht irre, war das Wohnheim ja noch gar nicht enthalten. Wollen Sie das jetzt selbst bauen? Oder soll das ein Dritter bauen, und dann gibt es irgendwie eine Kooperation? Wie wäre da der Zeithorizont, und wie wären da die Kosten, wenn Sie es selbst bauen würden oder eine städtische Wohnungsbaugesellschaft?

Auf der zweiten Folie stand ja auch, dass Sie Platz für weitere Angebote der Gesundheitsversorgung hätten. Bei dieser Grobskizze war das nicht berücksichtigt. Jetzt hatte Frau Pieroth schon die Häuser 36 und 37 angesprochen, in denen sie sich etwas vorstellen könnte. Ich glaube, im Gespräch war auch einmal das Haus 26, das jetzt aber für den Pflegecampus vorgesehen ist. Wo würden Sie dort den Platz auf dem Gelände sehen für die weiteren Gesundheitsangebote?

Meine letzte Frage ist: Wie hoch sind die aktuellen jährlichen Mietkosten, die Sie an Ihren drei Hauptstandorten bezahlen? Was könnte man dort dann quasi gegenrechnen; was könnte man jährlich einsparen, wenn man nicht mehr vor Ort die Sachen anmietet?

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen! Ich habe auch noch einige Nachfragen, möchte vorweg aber noch einmal sagen, dass wir uns besonders über den Bildungscampus und den Pflegecampus freuen. Das sind tatsächlich große Herausforderungen, vor denen wir gesellschaftlich stehen, und wenn es da erhöhte Kapazitäten gibt, ist das eine sehr positive Entwicklung. Herr Schworck hat gesagt, es ist ein Gesundheitsstandort mit Geschichte. Als es danach, Herr Schworck, um die Zukunft ging, war es mir persönlich ein bisschen zu unkonkret. Deshalb frage ich noch einmal nach.

Das Gutachten soll jetzt also demnächst vorliegen. Ich würde gern noch einmal wissen, was denn „demnächst“ heißt. Ich erkläre gleich noch einmal, warum ich es möglichst konkret wissen möchte, und ich gehe auch davon aus – und jetzt komme ich zu dem Gesundheitsstandort mit Zukunft –, dass wir dort Aussagen finden zu einer Bedarfsanalyse für eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung. Ich frage das noch einmal, weil es jetzt ja tatsächlich etwas drängt. Frau Senatorin dürfte jetzt schon die Chefgespräche zum nächsten Haushalt führen. Wenn das alles umgesetzt werden soll, Sie haben es eben auch schon gesagt, dann kostet das Geld. Wenn man dieses Geld haben möchte, dann muss das im Haushalt stehen. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie in Ihrem Einzelplan das Geld haben, dass Sie das dann einfach so einstellen können, sondern ich glaube, Sie brauchen zusätzliches Geld. Kurzum: Wenn es tatsächlich realisiert werden soll, dann muss das Gutachten sehr schnell vorliegen, weil das Gutachten – und das ist jetzt eine Frage – doch die Grundlage ist, um auch zu wissen, wie viel Geld da eingestellt werden soll und das noch einmal zu überprüfen; oder spielt das da jetzt keine Rolle? Wir konnten eben ja auch schon eine Folie sehen, was die Kosten angeht.

Ich komme noch einmal zum Gutachten zurück. Herr Dr. Danckert, da habe ich noch zwei Fragen. Wurden die Betriebsräte, Gewerkschaften und Patientenfürsprecher und -fürsprecherinnen an der Bedarfsanalyse beteiligt oder nicht? Wenn nein, würde ich gern wissen, warum nicht. Und mich würde interessieren, welche Methoden Sie eigentlich angewendet haben, um eine entsprechende Bedarfsanalyse zu stellen.

Eine weitere Frage ist die Frage nach zusätzlichen gesundheitlichen Angeboten. Zu meinem großen Bedauern wurden die Angebote der Obdachlosenhilfe und der Drogenhilfe ja schon eingestampft. Sind da denn jetzt entsprechende Angebote für Bezugsgruppen geplant? Oder welche weiteren Sachen sind da geplant? – Das waren meine Fragen. Vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Dann Herr Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Wir begrüßen sehr, dass es diesen Campus jetzt endlich geben soll. Wir reden ja seit Jahren über den Notstand der Pflegeberufe, insofern ist das wirklich ein Leuchtturmprojekt. Das sage ich nicht nur als Tempelhof-Schöneberger Abgeordneter, sondern weil es wirklich die gesamte Stadt betrifft.

Da das aus unserer Sicht ein Leuchtturmprojekt ist, muss es eben auch finanziert werden. Frau Breitenbach hat ja die richtigen Fragen dazu gestellt. Wir sagen nur: Geld ist da, es wird nur teilweise mit unterschiedlichen politischen Prioritäten ausgegeben. Und wenn ich mir anschau, dass wir jetzt ein Sondervermögen für Klima machen – erst 5 Milliarden Euro, dann 10 Milliarden Euro, und niemand weiß, wo es herkommen soll –, dann ist das hier wirklich eine Geschichte, bei der man sich auch einmal überlegen sollte, ob man nicht dafür auch Pla-

nungen, die in solche Größenordnungen gehen, umschichten kann. Ich sage jetzt nicht „Sondervermögen“, weil wir wissen, dass Sondervermögen ja Sonderschulden sind, aber das ist das, was die Zukunft der Menschen in der Gesundheit betrifft. Wir brauchen das. Wir werden alle älter. Das ist alles bekannt. Über die letzten Jahre haben wir immer wieder auf diesen Notstand hingewiesen und es besprochen, und jetzt haben wir hier den Punkt, um Abhilfe zu schaffen, und da lautet wirklich ganz klar der Appell an uns hier als Parlament und auch an den Senat, bei den Haushaltsberatungen darauf hinzuwirken, dass das hier wirklich durchfinanziert wird und es auch entsprechende Puffer gibt. Denn natürlich – das wissen wir in Berlin – dauert vieles länger, vieles wird teurer. Und das muss jetzt realisiert werden. Es wäre wirklich schön, wenn das in zehn Jahren klappt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Dann habe ich noch Frau Dr. Wein auf der Liste, und dann kommen wir wieder zu den Anzuhörenden.

Dr. Claudia Wein (CDU): Vielen Dank! – Es sind ja schon die ganz wichtigen Fragen gestellt worden. Ich habe noch zwei Fragen. Die eine ist eine Bitte um eine Präzisierung, und zwar dahingehend, wie viele wirklich neue Schulplätze in den verschiedenen Gesundheitsberufen entstehen. Die Betonung liegt auf „neu“, also zusätzlich. Da schließt die Frage an, in welcher Zeitachse diese Plätze entstehen; die Zeitachse würde mich noch einmal interessieren. Und da das ja mit dem medizinpädagogischen Personal auch nicht so besonders einfach ist, würde ich gerne zusätzlich fragen, wie der Bedarf an zusätzlichem medizinpädagogischem Personal gedeckt werden soll. – Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Ich habe hier ein bisschen mitgeschrieben, falls Ihnen eine Frage hinten runterrutscht, und kann dann gerne noch einmal nachhelfen. Aber Herr Dr. Danckert meldet sich. – Dann haben Sie das Wort!

Dr. Johannes Danckert (Vivantes; Vorsitz der Geschäftsführung): Ich würde erst einmal starten, und Frau Schmidt und gegebenenfalls Herrn Schworck werden dann auch noch beibringen.

Frau Pieroth, Sie sagten, die Akzeptanz ist vorhanden. Ich glaube, das ist auch das, was wir daraus gelernt haben. Es ist ja gar nicht so einfach, auch diese Argumentation hinsichtlich des Umzuges vom Wenckebach-Gelände in das Auguste-Viktoria-Klinikum hinzubekommen. Das ist ja auch als komplementärer Schritt zu sehen: Erst dann, wenn wir da ein Krankenhaus aufgebaut haben, wenn die vorhandenen Teile der Psychiatrie und der Geriatrie umziehen können – und das nimmt jetzt eine Frage vorweg –, erst dann sind Wohnheim oder Wohngebäude denkbar, weil ja ein wesentlicher Teil des Campus noch mit der Psychiatrie belegt ist. Dort findet ja weiterhin Versorgung statt in all seinen Möglichkeiten. Deswegen: Ja, es gibt schon jetzt Leerstand, aber dieser Leerstand bestand ja auch schon vor der Diskussion, ob das Wenckebach-Gelände umgewidmet wird.

Es gibt zahlreiche integrierte Versorgungskonzepte, und ich bin auch froh, dass wir jetzt diesem neuen Versorgungsinnovationsprojekt, das beleuchtet, wie man Gesundheit in anderer Form als stationär anbieten kann, beigetreten sind. Ich glaube, da ist die Diskussion ja auch auf Bundesebene noch in vollem Gange. Das macht es jetzt gerade ein bisschen schwer, alle Sachen zu antizipieren, die wir vielleicht auch hinsichtlich zukünftiger stationärer und ambulanter Versorgungsbedarfe vorausschauend planen können. Eins ist klar: Man wird sich auch

hinsichtlich der Situation in den Rettungsstellen nur dann etwas vorstellen können, wenn der Bundesgesetzgeber dort alle Möglichkeiten dafür schafft, dass wir vollumfänglich ambulant tätig sind, entweder über den Einbezug von Notfallpraxen, die wir ja schon an jedem Krankenhaus fordern und auch schon vorsehen, aber noch nicht flächendeckend überall haben, und hinsichtlich der Möglichkeiten weiterer Versorgungsangebote, gerade im pflegerischen Bereich. Ja, wir nutzen interimistisch auch eine alte Station für Kurzzeitpflegeplätze, die wir unkompliziert über unseren Seniorenpflegeheimbetreiber Forum für Senioren einrichten konnten. Diese Bedarfe möchten wir natürlich weiterhin zur Verfügung stellen, gegebenenfalls auch in anderen Räumlichkeiten oder auch am Auguste-Viktoria-Klinikum.

Klar ist, dass Vivantes es alleine nicht schaffen wird, alle Bedarfe an Pflegeheimplätzen in Berlin zu decken. Ich sage nur: Wo ein Teilhabegesetz ist, da kommt eine ganze Menge auf uns zu, und wir werben an jeder Stelle, dass wir zwar auch über Baugenehmigungen an anderer Stelle verfügen, aber noch nicht über die Finanzierung, die sichergestellt sein muss, damit wir dort überhaupt Bagger rollen lassen können. Wir bemühen uns, und wir sind mittlerweile der größte Pflegeheimbetreiber Berlins, weil sich ja viele Private mittlerweile aus dem Markt zurückziehen, weil es vielleicht auch nicht mehr profitabel ist. Aber da kommt eine ganze Menge auf uns zu. Wir müssen also niedrigschwellige Angebote schaffen – wie es an anderen Stellen in der Stadt ja auch schon ist –, die zeigen, welche Möglichkeiten man überhaupt hat, sich zu informieren, wie man als pflegender Angehöriger vielleicht auch Angehörige zu Hause versorgen kann, und gute Versorgungsmodelle dann auch beispielsweise am Wenckebach-Krankenhaus wahrnehmen kann.

Dann zum Umzug der drei Standorte: Zwei davon sind zurzeit angemietet, deswegen auch diese unterschiedliche Fristigkeit. Den einzigen Standort, den wir auf einer eigenen Fläche betreiben, ist der Campus Süd am Klinikum Neukölln. Das sind denkmalgeschützte Flächen, die wir perspektivisch dann auch umbauen müssen. Das kommt auch noch. Es gibt keine Eigenmittel, die wir in ausreichendem Maße sowohl für den Schulcampus als auch für das ungelöste Problem der Psychiatrie bereitstellen können – daran musste ich nur gerade denken, weil die Schule direkt neben der Psychiatrie Neukölln ist. Das ist alles noch nicht gelöst, wie das auf Dauer umgebaut werden kann. Das sind alles riesige Probleme, die auf die Stadt zukommen, und die müssen wir jetzt frühzeitig angehen. Das sind auch alles aus politischer Sicht unattraktive Dinge, weil sie nicht in einer Legislaturperiode zum Erfolg geführt werden können, sondern langfristig gedacht werden müssen. Sie müssen also jetzt die Steine ins Wasser werfen, und die Wellen, die dann das Ufer erreichen, kriegen vielleicht viele von Ihnen gar nicht mehr mit, aber Sie als Bürgerinnen und Bürger der Stadt, oder wir als Gesellschaft, in jedem Falle.

Zu den Ausbildungszahlen: Welche Töpfe können überhaupt noch genutzt werden? Meines Erachtens wird der Aufbau eines Schulstandortes nicht in irgendeiner Form finanziert. Dafür ist ja normalerweise der Träger zuständig; er wendet sich entweder an das Land, oder es gibt sonstige Möglichkeiten, wie man es dann über einen längeren Zeitraum finanzieren kann. Wir kriegen für die Einrichtung der Ausbildungsplätze und für die Anzahl der Auszubildenden jährlich eine Bezahlung, aber die deckt die laufenden Kosten und nicht das Baugeschehen, das wir jetzt anstoßen müssen.

Herr Düsterhöft, Sie fragten nach schnellerem Baugeschehen. Ja, das würden wir uns auch wünschen. Wir bewegen uns ja gerade in einer schwierigen Phase: Wir sollen jetzt schon alles vorweisen – wie wir bauen, wie schnell wir bauen, und wann wir fertig sind. Wir haben aber bisher als einzige Grundlage die Willenserklärung im Koalitionsvertrag, und das macht es uns natürlich irgendwie ein bisschen schwer, weil wir keine weiteren Mittel dafür haben, ein noch schnelleres Baugeschehen voranzutreiben. Das hieße ja, dass wir jetzt schon in eine sehr teure Planungsphase eintreten, in der wir alle Segmente genau beziffern können. Mir wäre die Variante „Je schneller, desto besser“ auch lieber. Wir müssen schauen – Wohnheimplätze sprechen Sie auch an –, wann wir dann in die Planungsphase übergehen können und sagen können, mit welchen Partnern der landeseigenen Wohnungsbauunternehmen wir das machen möchten. Nein, zum konkreten Wenckebach-Campus-Vorhaben und dem Wohnheim und Wohngebäude gab es noch keine Kooperationsgespräche, weil es dafür aus meiner Sicht gerade viel zu unkonkret ist. Deswegen weise ich noch einmal auf den komplementären Schritt hin: Wir brauchen auch die Sicherheit der Finanzierung, nicht nur am Auguste-Viktoria-Klinikum, aber auch gerade da, um die weiteren Bauschritte abgesichert zu haben. Die Psychiatrie wird 2029 nur umziehen können, wenn bis dahin alle Baufortschritte erstens finanziert und zweitens ausgeführt sind, und das ist ja auch noch nicht flächendeckend der Fall.

So wie alle Träger leiden wir unter der mangelnden Ausführung der dualen Finanzierung in der Krankenhausfinanzierung. Die Investitionsmittel müssen von den Ländern bereitgestellt werden, und sie werden immer noch nicht ausreichend bereitgestellt. Deswegen müssen wir uns nicht fragen, woher Eigenanteile von Vivantes kommen, sondern diese Eigenanteile zur Investitionsfinanzierung im Krankenhausbau oder beim Bildungscampus müssen als gesellschaftliche Aufgabe und Daseinsvorsorge von den Ländern gedeckt werden – es sei denn, Herr Professor Lauterbach überzeugt alle Länder, dass wir jetzt einen anderen Weg gehen, aber den sehe ich jetzt gerade noch nicht auf uns zukommen.

Hinsichtlich der Anteile der Finanzierung haben wir uns nur mit den Fördermitteln, die jetzt auf dem Tisch liegen, und die ja bis 2026 auch beantragt werden müssen, beschäftigt. Da gibt es eine Höchstfördergrenze von 50 Millionen Euro. 90 Prozent davon werden dann gefördert. Wir haben den Vorteil, dass dieses Segment in Tempelhof-Schöneberg diese 90-Prozent-Kriterien erfüllt. Die werden wir natürlich in Anspruch nehmen – alles, was wir bekommen können, nehmen wir natürlich gerne, um auch den Landeshaushalt zu entlasten. Daneben sind mit derzeit aber keine weiteren Töpfe der Finanzierung bekannt. Es gibt also nur diesen Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, wenn wir diese Flächen hier zum Leben erwecken wollen.

Dann fragten Sie, Herr Zander, nach den 283 Millionen Euro. Ja, da kriegt man erst einmal einen riesigen Schreck. Wenn Sie sehen, wie das segmentiert ist, dann sind das die Planansätze, die ein öffentlicher Auftraggeber nach den Vorschriften schon einmal ansetzen kann. Wenn es da Flächenbedarfe gibt, kann man das auch auf Quadratmeter herunterbrechen. Es wird nicht viel günstiger sein für das, was Sie jetzt auf den Folien finden, es sei denn, wir vereinbaren, dass es weniger sein soll. Wir brauchen aber hinsichtlich der Ausbildungsbedarfe auch Ausbildungsflächen. Wir können gegebenenfalls auch über Alternativen in der Zukunft nachdenken, dann müssen Sie uns sagen, dass Sie das so nicht finanzieren können oder wollen. Wir hatten das bisher als Auftrag verstanden, diese Ausbildungskapazitäten auf einer Fläche zu denken. Das wäre auch in Spandau nicht günstiger gewesen, weil wir dort erst 2032 hätten anfangen können zu bauen. Wenn der Baupreisindex entsprechend steigt, dann wäre

das – und das wäre jenseits eines Campusfeelings – ja auch ein schwieriges Vorhaben gewesen.

Nach meinem Kenntnisstand ist die Grundstücksfrage in Spandau immer noch in der Genese. Das wird also nicht schneller funktionieren und gehen als mit diesem langen Zeitraum, und der Baupreisindex ist hier auf den Folien noch nicht eingerechnet worden. Wir wissen, was es in der Vergangenheit ist; wir haben bei allen Vivantes-Vorhaben auch immer mit einem Baupreisindex von ungefähr 6 Prozent für alle Krankenhausinvestitionen in der Somatik gerechnet. Die Psychiatrie ist immer noch außen vor. Ich weise darauf hin, denn ich kriege auch Ärger mit den chefärztlichen Kolleginnen und Kollegen, weil die Psychiatrie in der ganzen Diskussion auf Länder- und Bundesebene stetig vernachlässigt wird. Das ist ein Finanzierungsmodell, das keine Mittel und Investitionen überhaupt zulässt, um sie in Wohngebäude zu stecken. Deshalb ist es noch kein Zeitpunkt des Zuflusses. Erst, wenn wir von Ihnen grünes Licht bekommen, dass wir das machen dürfen, und auch eine Zusage in den Haushalten über Verpflichtungsermächtigungen über mehrere Jahre bekommen, können wir uns ja an die Förderbehörde wenden, dass wir dann den Zufluss der Fördermittel abstimmen und dann unterschriftsreif voranbringen müssen.

Es bleibt natürlich auch noch die Frage dieses Erbbaupachtvertrages. Der Bildungsträger muss ja die Fördermittel beantragen, ist aber nicht Grundstückseigentümer. Aber ich denke, da werden wir eine gute und schnelle Lösung – oder zumindest eine gute Lösung – hinbekommen. Schnell ist das alles nicht. Ich weiß jetzt nicht, wie das ist, wenn der Bildungscampus den Vermögensgegenstand Grundstück Wenckebach-Klinikum übertragen bekommt, ob das dann vielleicht auch noch über das Abgeordnetenhaus laufen muss. Das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Es ist dann im konzerninternen Geflecht vielleicht schneller möglich als andere Dinge. – Vielleicht hören wir hier eine ganz kurze Ergänzung von Frau Schmidt, bevor ich dann mit Frau Breitenbachs Fragen weitermache.

Dorothea Schmidt (Vivantes; Geschäftsführung Personalmanagement): Sie hatten noch gefragt, wie hoch die Mietkosten heute sind. Unsere Nettokaltmiete beläuft sich heute auf rund 3,5 Millionen Euro pro Jahr. Das würde dann entfallen, wenn wir den Campus hätten.

Dann war noch die Frage, wie viele neue Plätze wir durch den Campus schaffen. Das wären rund 900 Plätze, wobei über die Hälfte der Plätze auf den Pflegebereich entfallen würde, und dann eben auf die anderen Gesundheitsfachberufe. Das können wir Ihnen gerne im Nachgang noch einmal detailliert aufgeführt zur Verfügung stellen.

Sie haben auch gefragt, wie wir das entsprechende Lehrpersonal akquirieren. Das ist und bleibt natürlich, genau wie bei den Schülerinnen und Schülern, eine riesige Herausforderung. Unsere Sicht ist jedoch, dass wir, wenn wir einen solchen Campus hätten, natürlich neben den anderen Dingen, mit denen wir werben, auch sehr stark mit diesem Campus werben könnten. Die Frage ist ja immer: Wo verbringe ich mein Arbeitsleben? – Und wenn ich das in einem richtig tollen Gebäude mache, auf einem richtig tollen Gelände, dann ist das natürlich etwas anderes, als wenn ich es in einer Schule mache, die nur so mittelprächtigt ist.

Das Gleiche haben wir natürlich auch bei den Schülerinnen und Schülern. Das habe ich letzte Woche in einem anderen Ausschuss schon gesagt: Sie müssen sich vorstellen, dass wir alle in diesem Berliner Markt um die gleichen Schülerinnen und Schüler werben. Um einen Schüler

oder eine Schülerin für Vivantes zu gewinnen, benötige ich drei bis vier Bewerbungen. Wir haben jetzt zum April 150 Schülerinnen und Schüler eingestellt. Dafür haben wir 500 Bewerbungen gebraucht, um diese Schüler dann letztlich für uns zu gewinnen. Sie müssen die Voraussetzungen erfüllen, sie müssen von der Persönlichkeit her passen, und sie müssen sich letztlich auch für uns entscheiden. Alle Träger machen in Berlin mehr oder weniger das Gleiche: Alle zahlen annähernd gleich, alle bieten irgendetwas rundherum an. Wenn wir uns in Berlin wirklich abheben wollen, wenn wir etwas Besonderes sein wollen, was dann auch junge Menschen anlockt, dann brauchen wir zusätzlich diese Bildungseinrichtung auf diesem Campus. Davon sind wir fest überzeugt.

Dr. Johannes Danckert (Vivantes; Vorsitz der Geschäftsführung): Dann würde ich vielleicht noch die Antwort zum Platz für weitere Gesundheitsangebote ergänzen. Das war ja über die letzten Jahre auch eine intensive Diskussion. – Ja, die würde es geben. Die brauchen aber sicherlich nicht so viel Platz wie jetzt ein stationäres Krankenhaus bräuchte. Trotzdem sage ich noch einmal: Für die ambulante Gesundheitsversorgung im jetzigen System ist die Kassenärztliche Vereinigung zuständig, und der Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist, was ambulante Versorgungsaspekte angeht, ein sehr gut aufgestellter Bezirk im Vergleich zu vielen anderen Stadtteilen in Berlin. Deswegen würde es uns aus eigener Kraft sehr schwer fallen, noch ein Wunschpaket an ambulanten kassenärztlichen Sitzen – soweit wie wir das im Rahmen eines medizinischen Versorgungszentrums überhaupt können und dürfen – in den Bezirk zu ziehen, weil dort die Bedarfe zumindest rechnerisch gedeckt sind. Das haben wir in der Versorgungsanalyse festgestellt. Der Einbezug der Bürgerinnen und Bürger und der unterschiedlichen Fraktionen – Herr Zander, Sie waren ja auch Teil davon – hat einen intensiv geführten Diskussionsprozess geprägt, und ich glaube auch, jetzt in den letzten Monaten war der Prozess so konstruktiv, dass man sich auch über Feinheiten und Nuancen austauschen konnte und darüber, an welchen Stellen man noch weiterdenken kann und darf. Wir werden da aber nicht aus Vivantes heraus jeden Wunsch überall genau abdecken können. Das wird nicht funktionieren.

Frau Breitenbach, Sie fragten auch nach dem Einbezug der Betriebsräte. Ja, wir standen mit dem Bereichsausschuss für das Wenckebach-Krankenhaus und das Auguste-Viktoria-Krankenhaus in intensivem Austausch. Da war am Anfang sicherlich das Schützen des eigenen Klinikums im Vordergrund, und dann haben wir hinsichtlich der Weiterentwicklung ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus versucht zu verdeutlichen, dass etwas entsteht, und über viele Gespräche versucht zu erklären, wie die Teams da zusammenwachsen können. Das war ein intensiver Prozess, und ich glaube, dass wir zumindest in einem konstruktiven Dialog stehen. Dass man da auch niemals alle so zufrieden stellt, ist klar: 100 Prozent Übereinstimmung macht ja auch ein bisschen nachdenklich. Ich glaube aber, die wesentlichen Akteure würden sagen, dass das auf einem sehr guten Weg ist, auch vom Einbezug her.

Zu den Patientenfürsprecherinnen sind zumindest die Informationen geflossen. Wir planen bei Vivantes ja konzernweit den aktiveren Einbezug von Patientinnen und Patienten, auch in Form der Patientenfürsprecher, weil wir uns in bestimmten Entscheidungen natürlich auch fragen: Nehmen wir dort alle mit, die es später dann betrifft? – Das ist aber gar nicht so einfach. Nach drei Jahren voller Gespräche über den Umzug des Wenckebach-Krankenhauses ins Auguste-Viktoria-Klinikum würde ich sagen: Ich habe eine ganze Menge gelernt. Menschen anzubieten, dass man sagt: Euer Krankenhaus zieht aus eurem Kiez weg, ist schwierig. Ich bin Berliner, und für mich bleibt es in Berlin, was die Versorgungsangebote angeht, so

gut, wie es ist, und es kann noch besser werden. Es ist eben trotzdem relevant, ob es dreieinhalb Kilometer Luftlinie umzieht.

Trotzdem zeigen die neuesten Befragungen, auch in der bundesweiten Diskussion: Sind Menschen bereit, für das optimale Angebot und die bestmögliche Versorgung auch weitere Strecken in Kauf zu nehmen? – Dreieinhalb Kilometer sind in der Regel keine weitere Strecke, wenn man den Rest der Republik berücksichtigt. Und ja, das sind sie. Ich glaube, das war eine überwältigende Mehrheit. Für Tempelhof-Schöneberg bietet sich mit dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus die einmalige Chance, bis zum Ende des Jahrzehnts das modernste Krankenhaus Berlins zu haben, und das ist auch eine Chance für alle, die dort wohnen. Daneben noch Versorgungsangebote zu haben, die in alle Belange der Gesellschaft einzahlen, ist wünschenswert, aber von uns alleine nicht zu finanzieren. Trotzdem: In der Diskussion dabei zu sein und sich da einzubringen, das machen wir weiterhin. Wir versuchen auch alles – mit unseren Ressourcen – voranzubringen.

Nach Angeboten für die Drogen- und Obdachlosenhilfe wurde noch gefragt: Die haben wir jetzt aktiv noch nicht eingeplant. Ich würde auch sagen, dass das Teil der Aufgabe des Bezirks und des Landes ist, sich da bestimmte Dinge zu wünschen. Auch eine Mieterberatung war gewünscht. Wir können das als Krankenhaus, als Gesundheitsnetzwerk, nicht alles darstellen.

Zur Aussage, das Geld müsste im Haushalt stehen: Ja, deswegen glaube ich auch, dass es gut ist, dass wir hier sind. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten auch gesagt und darauf hingewiesen, was wir ungefähr brauchen. Wir schätzen den Kostenrahmen für das ab, was wir glauben, was nach Ihren bisherigen Vorstellungen kommen sollte. Das ist ja auch eine Frage, die Sie sich als Abgeordnete stellen müssen: Was wollen Sie denn als Land für so einen Ausbildungscampus, was ist da wünschenswert? Ich denke, dass wir zumindest für den nächsten Doppelhaushalt jeweils rund 40 Millionen Euro brauchen, und dann müssen wir gucken, ob wir da gewisse Zuschüsse generieren können. Bis zum Ende der ersten Planungsphase im Jahr 2027 sind es 140 Millionen Euro. Daraus ergeben sich für die Verpflichtungsermächtigungen auch bestimmte Summen. Das können wir jetzt aber noch nicht punktgenau sagen. Wir sind mit den Ausschreibungen ja noch nicht gestartet. Wenn wir wissen würden, wann die Bagger rollen und bestimmte Mittel abfließen, wäre es einfacher. Wir können es grob schätzen. Wir können Ihnen grob sagen, was Sie in die Haushalte oder in den Doppelhaushalt einstellen müssten, damit wir sicher planen und starten könnten. Und trotzdem rollen in den nächsten eineinhalb Jahren dort noch keine Bagger. Wir können Vorwegmaßnahmen machen und bestimmte Detailkonzepte starten.

Herr Hansel, Sie erwähnten das Leuchtturmprojekt. Ja, es ist mit Sicherheit ein Leuchtturmprojekt, und es wäre für Berlin und Brandenburg – das ist ja auch mitzudenken – ein sehr großes Projekt, für die gesamte Region. Es ist sehr wünschenswert, aus verschiedenen Teilaspekten heraus. Das sehen die Charité und Vivantes im Übrigen – das wurde ja auch gefragt – identisch: Es wäre sehr wünschenswert für Berlin und Brandenburg, sich dort einen solchen Ausbildungscampus mit verschiedenen anderen, angrenzenden Angeboten zu errichten. Ich glaube, es wird auch eine Sogwirkung für weitere Dinge entfalten. Wie kann man Menschen über Pflege zu Hause informieren? Wie kann man Menschen darüber informieren, was im Alter auf sie zukommt, wie es an anderen Stellen der Stadt auch schon geschieht? – Das wäre ein Vorzeigeprojekt für Berlin, das auch auf die Metropolregion ausstrahlen würde.

Zu den Extrabudgets: Ja, jeder möchte jetzt gern ein Sondervermögen haben, aber es ist eben eine Planung, die eine gewisse Vorausschau erfordert und über mehrere Jahre gehen wird, länger als die Legislaturperiode. Ich weise noch mal darauf hin: Es ist der Baufortschritt am Auguste-Viktoria-Klinikum damit verknüpft, und trotzdem haben wir berlinweit, trägerübergreifend, bei Weitem noch nicht alle Probleme gelöst, die im Bereich der Krankenhausinvestitionen und -finanzierung in den letzten Jahrzehnten passiert sind. Das Aufholen dieser Finanzierungslücken muss noch passieren. Da kommt noch sehr viel auf Berlin zu. All das zu ignorieren – auch wenn mir die schwierige Haushaltslage bewusst ist –, würde heißen, dass man die Daseinsvorsorge in Berlin trägerübergreifend schlichtweg vernachlässigt. Wenn Sie in der jetzigen Finanzierungssituation, in der wir uns aufgrund der Bundesebene befinden, die Frage an uns Träger zu stellen, wie viele Eigenanteile wir stellen können, würden Ihnen wahrscheinlich viele Träger genau dasselbe sagen wie ich jetzt: Ich wüsste nicht, wie ich oder wie wir aus Eigenmitteln irgendetwas finanzieren könnten, was Krankenhausneubauten – insbesondere in der Psychiatrie, aber auch in der Somatik – angeht, und wie wir langfristig Planungssicherheit haben. Die haben wir nicht. Wir leben von der Hand in den Mund.

Wir sprachen hier schon über die Inflationsschere. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir im Landesbasisfallwert letztes Jahr Steigerungen von 2,6 Prozent hatten, obwohl die Inflation zwischen 8 Prozent und 10 Prozent lag. Das geht alles auf Kosten der Allgemeinheit, weil wir nicht wissen, wie wir unser System nachhaltig finanzieren sollen. Wenn es nicht die Corona- und Energieausgleiche geben würde – und da ist für die Zukunft ja auch noch vieles unklar –, wüssten wir auch nicht, wie wir Krankenhäuser weiter betreiben sollten. Deswegen haben wir große Hoffnungen in die Reformansätze, aber das muss dann auch wirklich eine Reform sein. Ein „Weiter so“ wird aus meiner Sicht ins Desaster führen. Da sind wir mit den zusätzlichen Aufgaben als öffentlicher Träger noch gar nicht in der richtigen Ausgestaltung. Wir stehen für vieles, was in Deutschland wahrscheinlich nicht flächendeckend von einem Krankenträger angeboten wird, aber da brauchen wir Ihre Unterstützung als Abgeordnete. Das werden wir alleine nicht schaffen können.

Frau Wein, die Frage zu den Schulplätzen wurde von Frau Schmidt, glaube ich, schon beantwortet. – Ich würde meine Ausführungen jetzt erst einmal schließen.

Vorsitzende Silke Gebel: Ich hatte auch noch einmal die Frage zur jährlichen Miete der anderen Standorte notiert. Ich weiß nicht, ob Sie dazu sprechfähig sind. – [Zurufe: Das hat er gesagt!] – Alles klar, das hat er gesagt, dann war ich da kurz abgelenkt. – Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Meine Fragen zu dem Gutachten wurden nicht beantwortet.

Dr. Johannes Dankert (Vivantes; Vorsitz der Geschäftsführung): Ja, entschuldigen Sie! – Ich hoffe, dass wir das Gutachten zum Ende des Monats soweit fertig haben, dass wir es dann auch verteilen können. So wurde es auch mit dem Krankenhausbeirat in Tempelhof-Schöneberg besprochen. Da ist in den letzten Wochen und Monaten ja immer wieder eine Teilvorstellung erfolgt. Darauf aufbauend gibt es bestimmte Empfehlungen, wie wir weiter vorgehen können, was die Versorgungsbedarfe des Bezirks angeht, die wir dann eben auch gemeinsam besprechen und umsetzen werden.

Vorsitzende Silke Gebel: Dann Herr Schworck!

Bezirksstadtrat Oliver Schworck (BA Tempelhof-Schöneberg): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bedauere, dass Sie etwas enttäuscht waren, Frau Breitenbach, und dass ich eher blumig beschrieben habe, wohin es gehen kann. Das mag aber daran liegen, dass in dem Gutachten womöglich nicht das steht, was Sie sich erhoffen, nämlich nicht die Nennung von Prozentanteilen von Fachdisziplinen, die benötigt werden, und keine konkreten Zeitpunkte, zu denen die installiert werden müssten.

Es geht bei dem Gutachten um die Beschreibung des Status quo. Das war ja auch der Auftrag von Vivantes: zu beschreiben, was wir eigentlich haben und was sich durch die Zusammenlegung von Wenckebach-Krankenhaus und AVK auf dem Gelände des AVK verändert. Welche Auswirkungen gibt es auf die wohnortnahe Versorgung – Sie haben darauf hingewiesen –, und gibt es Bedarfe für die Zukunft, die dann auch bei der Frage, wie viele Niederlassungen wir für die einzelnen Professionen brauchen, berücksichtigt werden müssten? Gibt es da irgendwelche Auswirkungen?

Herr Dr. Danckert hat schon darauf hingewiesen: Wir sind – jedenfalls nach den Berechnungen der KV – ein gut ausgestatteter Bezirk. Ich kann das nicht widerlegen. Nach den Berechnungen ist das so, und auch zukünftig wird der Bedarf in den einzelnen Fachgebieten nicht wesentlich steigen. Wir haben mit dem Gutachten aber natürlich eine Grundlage, nach der wir vermuten können, welche Tendenzen es in der Zukunft geben wird, gerade auch in Tempelhof-Schöneberg. Es wird Bezug genommen auf die Tempelhof-Schöneberger Daten.

Es gab in diesem Gutachten auch eine Befragung, das haben wir noch nicht erwähnt. Es gab viele Briefe, die verschickt wurden, mit der Einladung an viele Beteiligte, an einer Fragebogenaktion teilzunehmen. Der Rücklauf war, nach meiner Erinnerung, auch ganz ordentlich. Auch hier wurden die einzelnen Punkte berücksichtigt bei der Zusammenstellung dessen, was möglicherweise in der Zukunft gebraucht wird. Ich bin aber nicht für die Niederlassungen zuständig; das macht die KV. Ich kann auch nicht entscheiden, wo was hinkommt und wie wir das machen. Aber natürlich – und da will ich in der Vorstellung, die ich zu dem Bezirk habe, ganz klar bleiben – kann die Frage nach einem integrierten Gesundheitszentrum dabei eine Rolle spielen. Wir probieren es mit dem integrierten Gesundheitszentrum ja gerade erst aus. Da ist die Schwierigkeit, dass wir nicht wissen, ob wir auch den entsprechenden, passenden Hausarzt finden, der dann auch eine Filiale installieren möchte. Finden wir dann auch noch die entsprechende soziale Begleitung für so einen Filialbetrieb? – Ich bin da gespannt auf die ersten Erfahrungen, die wir jetzt aus den ersten Bezirken haben werden. Wahrscheinlich werden wir dann noch etwas korrigieren.

Die Frage, ob das das richtige Angebot sein wird oder ob wir noch ein bisschen was schrauben müssen oder noch eine andere Idee davon entwickeln könnten, wie wir uns wohnortnahe Versorgung vorstellen, die außerhalb von Kliniken stattfindet, ist gerade – auch bundesweit – in einer sehr intensiven Diskussion. Ich erinnere mal an die Idee des Gesundheitskiosks; da gibt es auf der Bundesebene auch sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was sich da entwickeln kann. Es gibt auch in anderen Bereichen Überlegungen, zu Veränderungen im Gesundheitssystem zu kommen; denken Sie an das Stichwort Ambulantisierung insgesamt.

All das können wir aber auf der Grundlage dessen, was wir jetzt an Gutachten haben und an dem, was da aufgeschrieben ist und was da an Perspektiven aufgezeigt wird, auch nutzen, um diese Diskussion von Anfang an zu führen, und nicht erst zu dem Zeitpunkt, an dem wir fest-

stellen: Oh, der Arzt hört nächste Woche auf, was machen wir jetzt? Was machen wir dann mit den Fachpraxen? – So können wir schon frühzeitig in die Diskussion gehen, und das will ich auch gerne tun.

Insofern gibt es da immer noch Potenzial. Ja, ich erwarte auch, dass es dann ein wohnortnahes Angebot auf dem Gelände gibt, und das wird es auch geben. Davon bin ich felsenfest überzeugt. In welche Richtung es geht, werden wir sehen. Kurzzeitpflege wurde schon genannt; das ist auch ein Bereich, der in den nächsten vielen Jahren mit Sicherheit nicht über Langezeile klagen wird, sondern eher ausgebaut werden muss. Und auch, was sonstige Tageskliniken angeht, gibt es hier eine ganze Menge Potenzial, das man womöglich auch nutzen kann.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, weil der mir ein bisschen zu kurz kam und auch meine Idee davon ist, wie sich dieses Gelände weiter entwickelt: Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es hier zu einer sehr intensiven Kooperation mit der Wissenschaft kommen wird. Es bleibt gar nicht aus, auf so einem Campusgelände auch darüber nachzudenken, wie wir auch – gerade im Bereich Gesundheit – die wissenschaftlichen Expertisen stärken können und auch einen stärkeren Praxisbezug herstellen und mehr Dinge ausprobieren können. All das wird an diesem Standort möglich sein, und ich erwarte das tatsächlich auch und bin gespannt, was wir für Meldungen und Dynamiken von Dritten zur Entwicklung an diesem Standort noch hören werden. Ich bin überzeugt davon, dass wir etwas hören werden, und wir werden damit sicher sein können, dass der Weg, der hier eingeschlagen wurde, der richtige ist und dass jeder Euro, der hier angefasst wird, um dieses Gelände in diese Richtung weiterzuentwickeln, sinnvoll und richtig ist und uns nicht nur die Vergangenheit bewusst macht, sondern auch die Zukunft sichern wird. – Danke schön!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Ich habe noch einige Fragen gehört, die sich an den Senat richten, deswegen hat jetzt die Senatorin das Wort.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Was mir neu ist, das habe ich jetzt in dieser Anhörung gelernt, ist, dass mit dem Wenckebach-Campus auch die Hoffnung verbunden ist, dass die Clubkultur nach Tempelhof zieht. Das ist spannend!

Spaß beiseite – was ich tatsächlich sehr bemerkenswert finde: Im Vergleich zu den Folien, die ich in der Vorbereitung gesehen habe mit Stand Januar, gibt es eine deutliche Fortentwicklung. Das heißt, es passiert ganz viel. Es wird geplant. Und wir stehen ja auch unter Zeitdruck, insbesondere im Hinblick auf – zum Beispiel – bestimmte Formen der Finanzierung. Dazu vielleicht gleich noch mehr.

Ich finde diese Planungen für den Wenckebach-Standort, auch im Lichte der Diskussionen um die Zukunft von Standorten im Gesundheitswesen allgemein, natürlich ein tolles Beispiel dafür, wie alte Standorte neue Bestimmungen finden können, die dann im Sozialraum sicherlich auch gut angenommen werden und dort eine wichtige Rolle spielen werden. Wir haben hier natürlich ein sehr komplexes Vorhaben mit vielen Beteiligten. Als Gesundheitsverwaltung haben wir hier im Wesentlichen die fachliche Begleitung zu leisten und insofern machen wir das auch mit großer Begeisterung und aller Kraft. Es ist für uns ein zentrales Vorhaben.

Es kam die Frage, wie viele neue Ausbildungsplätze geschaffen werden. Da wurde jetzt die Zahl von 900 Ausbildungsplätzen genannt; ich habe hier 1 000. Aber es ist natürlich nicht nur

eine Frage der Zahl, sondern auch der Qualität und der Attraktivität, wenn die anderen Standorte umgezogen werden, denn wir wissen: Ausbildungs- und Studienplätze zu schaffen, ist das eine; Menschen dafür zu gewinnen, sie dann auch einzunehmen, ist das andere. Da werden wir in den nächsten Jahren zunehmend in der Konkurrenz stehen, attraktive Bedingungen zu bieten, inklusive Wohnen, wenn wir junge Menschen nach Berlin holen wollen. Insofern ist das an dieser Stelle natürlich auch eine Frage der Qualität der Ausbildung und der Zukunftsausrichtung der Ausbildung.

Zu der Frage, was ausgebildet wird: Da habe ich immer noch die Hoffnung, dass es uns jetzt besser gelingt als in der Vergangenheit, so etwas wie eine Fachkräftestrategie – gerade für die Gesundheitsberufe, aber insgesamt für die Daseinsvorsorge im Land Berlin – zu entwickeln. Da sind wir dann auch bei diesen Fragen der Medizinpädagogik. Es wird natürlich vielfach nach dem Ausbau von Studienplätzen und der Einrichtung neuer Studiengänge gerufen, aber das muss eben immer finanziert werden. Und da haben wir, gerade bei der Akademisierung der Pflegeberufe, natürlich eine Thematik: Wir sehen, dass die alte Finanzierungsvorstellung, dass man die Lasten auf die Lernenden abwälzt, indem die Schulgeld zahlen, einfach nicht trägt. Wir brauchen auch da neue Finanzierungssystematiken, die diesen Umständen Rechnung tragen. Vielleicht so viel dazu.

Das mit der Ablösesumme ist natürlich eine tolle Idee. Wenn wir in die Richtung von Ablösesummen wie im Fußball kämen, wären wir fein raus. Aber ansonsten sind diese Summen natürlich durchaus beachtlich, die uns da wieder vorgeführt wurden, und insofern stehen wir auch unter Zeitdruck. Wir sind in Gesprächen mit der Wirtschaftsverwaltung, um diese GRW-Mittel für dieses Vorhaben zu mobilisieren, stehen dort aber aufgrund des Ablaufens von Förderperioden unter einem Druck, das soweit rechtzeitig auf das Gleis zu setzen, dass wir diese Mittel auch akquirieren können. Da sind wir natürlich mächtig dran, weil die Finanzierung, wenn wir solche Geldquellen für das Land Berlin beziehungsweise für Vivantes nicht erschließen können, sonst natürlich noch schwieriger wird. – Vielleicht so viel von mir. Habe ich irgendeine Frage vergessen? – Niemand zuckt. Dann würde ich es dabei erst einmal belassen. – [Elke Breitenbach (LINKE): Das klären wir bei den Haushaltsberatungen!] – Ja, gut, im Lichte der Haushaltsberatungen ist es natürlich jetzt gerade schwer, zu konkreten Aussagen zu kommen, so lange wir die Haushaltspläne nicht unter Dach und Fach haben. – Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Das wäre auch meine Frage gewesen: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei den Anzuhörenden, dass Sie hier waren und uns Rede und Antwort gestanden haben. Ich denke, wir werden uns in dieser Frage sicher noch das eine oder andere Mal sehen, und in der Tat überlegen wir auch, ob der Ausschuss mal ins ehemalige Wenckebach-Krankenhaus vor Ort kommt. Mal schauen, ob wir das schaffen. Vielen Dank und einen schönen Tag Ihnen! – Den Tagesordnungspunkt vertagen wir, bis das Wortprotokoll vorliegt.

Wir haben jetzt eine ganz kleine Umbaupause, und dann machen wir mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung weiter, und zwar mit

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0192](#)
GesPflg
**Landespflegeausschuss: Aktuelle und zukünftige
Themenschwerpunkte**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0177](#)
GesPflg
**Landespflegeausschuss: Umsetzungsstand bei der
Beteiligung pflegender Angehöriger**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Auch hier haben wir zwei Anzuhörende, die ich begrüßen möchte: Zunächst begrüße ich Frau Friederike von Borstel. Sie ist Vorsitzende des Landespflegeausschusses, über den wir heute sprechen wollen, und dorthin entsandt als Vertreterin der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin. Herzlich willkommen! Ich begrüße außerdem Herrn Hans-Joachim Fritzen. Er ist ebenfalls Vorsitzender des Landespflegeausschusses und dorthin entsandt von der AOK Nordost. Vielen Dank, dass Sie schon ein bisschen früher da waren, dass Sie so geduldig gewartet haben, und dass Sie jetzt hier sind. Ich freue mich auf eine Diskussion mit Ihnen!

Ich gehe davon aus, dass auch hier die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Nicken im Raum. Dann machen wir das so, und ich würde fragen, ob jemand den Besprechungsbedarf für diesen Tagesordnungspunkt begründen möchte. – Das sind Herr Düsterhöft und Frau Breitenbach.

Lars Düsterhöft (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Schön, dass Sie heute da sind, und schön, dass wir heute gemeinsam über das Thema Landespflegeausschuss diskutieren können beziehungsweise Sie uns auf den aktuellen Stand bringen können.

Das Thema treibt uns als Ausschuss ja schon eine gewisse Zeit um. Auch vor der Wiederholungswahl war das hier Thema. Uns war es als Ausschuss beispielsweise sehr wichtig, dass die pflegenden Angehörigen auch eine Stimme im Landespflegeausschuss bekommen. Wenn man jetzt aber auf die Homepage beziehungsweise auf die Seite des Landespflegeausschusses auf der Seite berlin.de geht, stellt man fest, dass entweder ganz viel passiert ist, was nicht dokumentiert wurde – und das vermuten beziehungsweise wissen wir auch –, oder aber es passiert tatsächlich seit 2021 gar nichts mehr. Deswegen war es uns auch wichtig, dieses Thema heute auf die Tagesordnung zu bringen, also einmal zu hören, was in den letzten zwei Jahren passiert ist. Ist der Landespflegeausschuss wieder ins Arbeiten gekommen? Wo sind die aktuellen Herausforderungen? Wo bedarf es der Unterstützung durch die Landespolitik?

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank, Herr Düsterhöft! – Dann habe ich Frau Breitenbach auf der Liste.

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Herr Düsterhöft hat eigentlich schon alles begründet und vorgestellt. Uns war noch mal der Umsetzungsstand bei der Beteiligung der pflegenden Angehörigen wichtig. Das gibt es jetzt ja erst relativ neu.

Sie alle wissen auch, dass wir von „wir pflegen“ e. V. noch einmal einen Brief bekommen haben. Da geht es um Rahmenbedingungen, was ja auch zentral wichtig ist bei zivilgesellschaftlichem Engagement. Vielleicht können Sie also noch einmal genauer auf die Erfahrungen eingehen, besonders mit pflegenden An- und Zugehörigen im Landespflegeausschuss, und auch darauf, was die Forderungen an die Politik angeht. Vielleicht können Sie dazu auch noch einmal etwas sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Haben Sie untereinander besprochen, wer anfängt? – Dann würde ich Frau von Borstel das Wort geben.

Friederike von Borstel (Landespflegeausschuss; Vorsitzende): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Czyborra! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Haußdörfer! Sehr geehrte Damen und Herren! – Vielen Dank für das Interesse am Landespflegeausschuss.

In der ersten Jahreshälfte 2022 wurde Ihnen ja die neue, geänderte Verordnung vorgelegt, und danach erfolgte dann die Konstituierung des Landespflegeausschusses Ende 2022. Diese Sitzung hat im November stattgefunden, und in der ersten Sitzung haben wir letztendlich vor allen Dingen formale Dinge erledigt: Es ging darum, zum einen eine Geschäftsordnung zu beschließen und zum anderen den Vorsitz, den gleichberechtigt Herr Fritzen und ich übernehmen, festzulegen beziehungsweise zu wählen. Aus den fünf verschiedenen Interessengruppen wurde noch einmal ein Steuerungsgremium benannt, bei dem auch Menschen, mit denen Sie hier sicherlich auch schon sehr viel zu tun hatten, benannt wurden. Dieses Steuerungsgremium ist letztlich ein beratendes Gremium für die Vorsitzenden, und wir nehmen als Vorsitzende auch an diesen Beratungen teil.

Die Sitzung im November verlief sehr einvernehmlich. Wir haben gut miteinander gearbeitet, sodass wir beide im ersten Wahlgang gewählt werden konnten. Die Verordnung sieht vor, dass sich der Landespflegeausschuss zweimal im Jahr trifft und sich mit Fragen der Pflegeversicherung und der Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur befasst. In der ersten Sitzung im Jahr 2023 haben wir uns über das Vorhaben der Senatsverwaltung für Pflege zur Landespflegestrukturplanung informieren lassen. In diese Landespflegestrukturplanung fließen ja auch die Ergebnisse des Dialogs Pflege 2030 ein, und letztendlich ist die Pflegestrukturplanung dann ein strukturiertes Vorgehen, um auch weitere Merkmale wie Wohnen und Gesundheit zu erfassen.

In dieser ersten Sitzung – also der ersten offiziellen Sitzung in diesem Jahr – haben wir schon eine Arbeitsgruppe etabliert, und zwar die Arbeitsgruppe „Besondere krisenbedingte Belastungssituationen in der ambulanten Langzeitpflege“. Diese wurde auch von „wir pflegen“ und den anderen in dieser Interessengruppe eingefordert und von uns im Landespflegeausschuss bestätigt. An dieser Arbeitsgruppe nehmen auch relativ viele der Mitglieder aus dieser Inte-

ressengruppe pflegebedürftiger An- und Zugehöriger sowie Beratungsstellen teil: Die compass private pflegeberatung und Pflegestützpunkte Berlin sind mit dabei. Frau Prof. Kuhlmeier ist auch aktives Mitglied der Arbeitsgruppe.

Der Landespflegeausschuss hat eine Amtszeit von fünf Jahren, und von daher haben wir auf Vorschlag von Herrn Fritzen einen Workshop im März dieses Jahres geplant, der das Ziel hatte, Themenfelder für die nächsten fünf Jahre zu identifizieren, die dann im Landespflegeausschuss bearbeitet werden. Dieser Workshop – also praktisch die zweite größere Aktivität des Landespflegeausschusses – hat dann im März stattgefunden, und im Ergebnis wurden zwei weitere Arbeitsgruppen etabliert. Die eine wird sich mit dem Thema „Zeit-/Leiharbeit und gleichwertige Arbeitsbedingungen in der Pflege“ beschäftigen; die zweite mit dem Thema „Armutrisiko und finanzielle Mehrbelastungen vermeiden“.

In diesem Workshop wurden noch weitere fünf große Themenblöcke identifiziert. Da kann ich zum Hintergrund noch sagen: Jedes Mitglied konnte Themen vorschlagen, und die Geschäftsstelle des Landespflegeausschusses hat die dann übereinander gelegt und Vorschläge zur Abarbeitung gemacht, die wir dann angenommen haben. Die Vorschläge zu verschiedenen Themenfeldern wurden dann noch einmal weiter übereinander gelegt und in einem ganz-tägigen Workshop bearbeitet. Dabei wurden also, wie gesagt, fünf weitere Themenfelder identifiziert: Das sind erstens „Mobilität ambulanter Pflegedienste stärken“, zweitens „Stärkung der schulischen Ausbildung, insbesondere zur Pflegefachassistenz“ und drittens „Infrastruktur für die kritische Infrastruktur“ – damit sind Themen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemeint. Das vierte Thema ist „Förderprogramme zur Weiterentwicklung in der Pflege ausweiten“, und das fünfte Thema ist „Zuwanderung in der Pflege stärken“. Diese Themen wurden jetzt in einem Raster auf die nächsten Jahre verteilt und werden von uns dann zusammen mit dem Steuerungsgremium regelmäßig aufgerufen.

Die nächste Sitzung ist im November geplant. Das Steuerungsgremium trifft sich unter unserer Beteiligung auch zwischendurch, um den Informationsfluss aufrecht zu erhalten und auch weiter an der Gestaltung des Landespflegeausschusses zu arbeiten. Ein kleines Problem, mit dem Sie uns vielleicht auch helfen können, ist, dass wir innerhalb des Landespflegeausschusses – es sind ja 30 Mitglieder dabei – noch keine Benennung für den Landesbeirat für psychische Erkrankungen haben, und auch keine Benennung für den Landesbeirat für Integration und Migrationsfragen. Das sind Mitglieder, die auch zu der Gruppe der Pflegebedürftigen und deren An- und Zugehörigen gehören, also in der Interessengruppe, und von daher braucht es hier in nächster Zeit auf jeden Fall eine Benennung, damit der Landespflegeausschuss auch hier auf Fachkompetenz zugreifen kann. Das Weitere ist, dass wir Frau Gaedigk in der Zusammenarbeit – jetzt auch gerade in der Arbeitsgruppe, die sich schon im November etabliert hat – sehr schätzen, aber es braucht auch hier noch einmal eine Unterstützung, damit die Pflegebeauftragte benannt wird und nicht nur die Patientenbeauftragte diese Themen übernehmen muss.

Dann noch einmal zum Thema pflegende Angehörige: Wir sehen das Thema dadurch, dass „wir pflegen“ jetzt dabei ist, in dem Sinne erst einmal gut abgedeckt. Diejenigen aus den anderen Gruppen beteiligen sich sehr gut an der Arbeit der Arbeitsgruppen, das heißt, „wir pflegen“ und die anderen aus dieser Interessengruppe stehen dort nicht alleine. Wir wissen alle, dass wir die Pflege ohne diese Zielgruppen an dieser Stelle auch nicht weiter voranbringen können; wir müssen auch diejenigen von der Basis hören. Wir finden es sehr gut, dass

„wir pflegen“ hier mit dabei ist, und auch die Landesseniorenvertretung. Ich weiß, es gab auch noch andere Diskussionen dazu, wer alles im Landespflegeausschuss mit dabei sein soll, aber ich denke, wir haben hier die Basisvertreterinnen und -vertreter, und wenn andere Verbände mitarbeiten wollen, dann ist das für uns auch jederzeit möglich und machbar. Der Landespflegeausschuss lebt nicht von den Sitzungen des Landespflegeausschusses, sondern von der aktiven Mitarbeit in den Arbeitsgruppen, und da haben wir, denke ich, jetzt die ersten Signale gesetzt, dass diese Arbeit in der zweiten Jahreshälfte intensiv aufgenommen wird. – Danke erst einmal!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Herr Fritzen, wollen Sie noch ergänzen?

Hans-Joachim Fritzen (Landespflegeausschuss; Vorsitzender): Ja, das mache ich sehr gerne, vielen Dank! – Auch lieben Dank an Frau von Borstel, die ja alles schon so geschildert hat. Ich gehe vielleicht noch mal auf die Eingangsfrage von Herrn Düsterhöft zurück: Was ist spürbar gewesen, oder was ist auch wahrnehmbar? – Ich hatte das Glück, auch in der vorherigen Legislaturperiode im Landespflegeausschuss Mitglied sein zu können. Dort war ich stellvertretender Vorsitzender. Die Zeit war sehr von der Pandemie geprägt. Es haben also so gut wie keine Sitzungen vor Ort stattgefunden. Wir haben es zweimal so gemacht, dass wir die Sitzung in Hybridform beziehungsweise per Videokonferenz durchgeführt haben. Es war sehr schwierig; das heißt, während dieser Phase ist auch tatsächlich nicht so viel passiert.

Der neue Landespflegeausschuss – das kann ich auch noch einmal sagen – ist wirklich von einem Miteinander der Mitglieder geprägt. In der Vergangenheit wurde manchmal eher ein bisschen gegeneinander oder nicht am Thema gearbeitet; da sind wir gerade ganz anders unterwegs. Ich glaube, da haben uns der Workshop und die Identifizierung der gemeinsamen Themen viel geholfen. Wir haben auch gesagt, dass wir Themen angehen wollen, die wir auch wirklich selber mit gestalten können, die auch wirklich hier im Land Berlin umsetzbar sind, also keine Bundesthemen, die irgendwo über die Bundespolitik laufen. Insofern sind wir hier mit diesen drei Arbeitsgruppen gestartet, die Frau von Borstel gerade erwähnt hat, und werden bei den anderen Themen natürlich jedes Jahr schauen, welche relevant sind, ob wir neu priorisieren oder eine andere Reihenfolge erstellen müssen. Die ganze Struktur der Pflegestützpunkte, die ja in Berlin sehr gut etabliert sind und sehr gut arbeiten, ist auch noch mal ein Thema, das wir uns anschauen werden, um zu sehen, ob wir das weiter ausbauen oder mit anderen Strukturen vernetzen müssen.

Auch zu der zweiten Frage, wie die pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss angekommen sind, kann ich auch nur sagen, dass ich persönlich das sehr gut finde. Sie kennen vielleicht alle die Frau Kemnitz, die da sehr engagiert ist, in vielen Arbeitsgruppen mitarbeitet, und auch im Steuerungsgremium ist. Das funktioniert also sehr gut. Wir sind da sehr zuvorsichtiglich, dass wir dieses Jahr tatsächlich Themen bewegen und uns austauschen und Impulse geben können, um für die Landespolitik, vielleicht aber auch für die Bundespolitik tätig zu werden. – So viel vielleicht noch als Ergänzung.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! Sie sind gleich noch einmal dran: Wir haben jetzt ein paar Runden aus den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, und dann würden Sie noch einmal antworten und können uns widersprechen, sachdienliche Hinweise geben oder ergänzen.

Friederike von Borstel (Landespflegeausschuss; Vorsitzende): Ich wollte nur noch die Ergänzung zur Internetseite machen; das hatten wir jetzt nicht beantwortet. Sie waren am Anfang darauf eingegangen, dass wir im Grunde genommen nicht sichtbar sind. Ich habe gestern gerade noch einmal geguckt: Ja, da steht nichts, aber das ist auch der Geschäftsstelle geschuldet, die uns in den letzten Monaten sehr gut dabei unterstützt hat, dass wir überhaupt erst mal ins Arbeiten kommen konnten. Von daher gehe ich davon aus, dass nach der Sommerpause auch die Fotos von der konstituierenden Sitzung und alles andere hochgeladen werden.

Vorsitzende Silke Gebel: Okay, danke schön! – Dann habe ich jetzt eine Reihe von Wortmeldungen, und wir beginnen mit Herrn Düsterhöft!

Lars Düsterhöft (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Schön, dass Sie gleich noch einmal auf die Öffentlichkeitsarbeit eingegangen sind. Dann nehmen Sie auf jeden Fall meinen Wunsch mit – oder den Wunsch der SPD-Fraktion –, dass diese tatsächlich verbessert wird. Oftmals fragt man sich ja, wer eigentlich auf solche Internetseiten schaut und auch noch liest, was da steht: Wir tun es, beispielsweise! Wir würden uns da auf jeden Fall immer über Aktuelles freuen, um das einfach nachverfolgen zu können.

Spannend fand ich auf jeden Fall die Ausführungen zu den Arbeitsgruppen und dazu, welche Themen Sie dort bewegen wollen. Das sind natürlich genau die Themen, die auch uns hier bewegen, weshalb ich gern fragen möchte, wie da die Zeithorizonte sind, wann es Papiere geben soll, wann man sich dort auf etwas einigen möchte, oder ob das einfach fortwährende Themen sind, die man innerhalb dieser Arbeitsgruppen aktiv begleiten möchte. Das würde mich noch mal interessieren.

Dann stelle ich die Frage an die Senatsverwaltung, wann denn die Ernennung der oder des Pflegebeauftragten erfolgt. Es wurde ja eben schon zurecht gesagt, dass nicht alle Plätze im Landespflegeausschuss besetzt sind. Da sind noch zwei Gremien, bei denen gefordert ist, das nachzuholen. Gab es dort schon mal den Wink mit dem Zaunpfahl, das doch endlich mal zu tun? Denn auch wir erwarten natürlich, dass der Landespflegeausschuss mit gesamter Kompetenz ausgestattet ist und sich zwei so wichtige Gruppen dort selbstverständlich einbringen sollen, gerade weil sie dort auch gern gesehen sind.

Dann wäre noch die Frage, welche Unterstützungsbedarfe Sie für die ehrenamtlichen Mitglieder des Landespflegeausschusses sehen. Es sind ja, glaube ich, schon unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen da, und eine Frau Kemnitz hat natürlich einen anderen finanziellen Hintergrund als Sie beispielweise. Da würde mich schon noch mal interessieren, wie Sie das einschätzen: Wird dort eine stärkere professionelle Begleitung benötigt? Wäre es notwendig, die Fachstelle noch einmal personell mit ein paar Stunden pro Woche zu stärken? Oder ist es eine halbe Kraft, die fehlt? Oder sehen Sie da eigentlich gar keinen Bedarf, den Landespflegeausschuss doch noch einmal professioneller zu unterstützen? – Das wären so weit meine Fragen.

Vorsitzende Silke Gebel: Jetzt bin ich in meiner Funktion als Fraktionsmitglied an der Reihe.

Silke Gebel (GRÜNE): Noch einmal vielen Dank auch von mir für Ihre Arbeit und dafür, dass Sie heute hier im Ausschuss sind! – Ich habe mir auf jeden Fall eine Sache notiert – vielleicht können wir darüber im Nachgang auch noch einmal sprechen oder der Senat kann da

etwas zu sagen: Offensichtlich sind da zwei Plätze nachzubeseetzen, die wir hier auch beschließen müssen. Da können wir vielleicht über die Formalia sprechen und gucken, wie da der zeitliche Horizont ist, oder wir schreiben als Ausschuss noch einmal einen Brief oder so.

Dann habe ich noch ein paar inhaltliche Punkte: Sie haben einige Punkte angesprochen, mit denen Sie sich beschäftigen. Vielleicht habe ich es überhört, aber vielleicht können Sie noch einmal etwas zu diesem Themenkomplex Kurzzeit- und Tagespflege sagen. Das Thema ist ja eher auf der Lösungsseite, um auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von pflegenden Angehörigen zu erleichtern und ein längeres Bleiben der zu Pflegenden in der Häuslichkeit zu ermöglichen. Aber das ist ja, gerade was die Finanzierung und die Platzkapazitäten angeht, immer schwierig. Da ist das Angebot nicht so, wie es vielleicht sein sollte, aber ich habe das zumindest in Ihrem Bericht nicht gehört, dass das bei Ihnen jetzt ein konkretes Thema ist, auf das Sie einen Fokus legen. Vielleicht können Sie da noch einmal etwas zu sagen.

Sie haben eben angedeutet, dass Sie sich einerseits bundespolitisch einbringen wollen, aber andererseits nicht. Das verstehe ich auch: Wir sind hier auf der landespolitischen Ebene, das heißt, wir müssen hier unsere Hausaufgaben machen. Gleichzeitig wird aber gerade durch die Pflegereform ein sehr großes Rad gedreht, bei dem es, glaube ich, auch wichtig ist, dass wir uns auch auf Landesebene stark zu Wort melden, weil wir dann mit den Ergebnissen zu kämpfen haben. Sie haben aber im zweiten Schritt gesagt, dass Sie sich grundsätzlich auch bundespolitisch einbringen wollen, deswegen denke ich, dass jetzt der Zeitpunkt ist, an dem man sich in diese bundespolitische Debatte einbringen und sagen muss, dass wir die Bundesratseinigung, die es, glaube ich, gestern gab, so oder so bewerten. Das fände ich spannend, wenn Sie sagen könnten, wie das bei Ihnen diskutiert wurde, weil ich glaube, dass Stimmen aus der Praxis an solchen Stellen auch der Politik helfen, hier noch einmal im Sinne der Pflege, der pflegenden Angehörigen und der zu Pflegenden nachzuschärfen.

Dann habe ich mir noch diesen Themenkomplex Inflation und Pflege aufgeschrieben. Der hängt natürlich auch ein bisschen mit der Finanzierung zusammen. Sie haben ihn, glaube ich, unter dem Punkt „Armutrisiko“ im Programm, aber da haben wir auch immer versucht, kurzfristige Lösungen anzubieten, auch in der ersten Koalition, die es in dieser Legislatur gab. Da fände ich auch noch einmal gut zu erfahren, wie Sie das bewerten: Was muss da noch nachjustiert werden, auch mit Blick auf die Haushaltsberatungen, wenn gerade auch in der häuslichen Pflege manches vielleicht nicht mehr gezahlt werden kann und deswegen Leistungen reduziert werden müssen oder eben dann auch Beruflichkeit zurückgestellt wird und wir dann wieder über diese Armutskreisläufe, gerade auch bei Frauen, sprechen?

Dann habe ich noch eine Frage. Vielleicht hat das auch einfach etwas mit der Website zu tun, die nicht aktualisiert wurde, aber der letzte Beschluss, den der Landespflegeausschuss gefasst hat, ist von 2018. Das ist jetzt fünf Jahre her. Ich fände es total spannend, wenn Sie sagen könnten, ob Ihr Ziel ist, sich tatsächlich auch stärker mit Beschlüssen zu Wort zu melden. Das würde ich persönlich begrüßen, weil ich glaube, dass es immer sinnvoll ist, auch eine beschlusshafte Stimme zu haben. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, was Ihre Beschlusspläne sind, mit denen Sie dann auch zu Punkten, denen Sie ein bisschen mehr Gewicht verleihen wollen, auch schriftlich etwas festhalten. – Das wäre es von meiner Seite.

Vorsitzende Silke Gebel: Die Nächste ist Frau Breitenbach.

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Also, im Landesbeirat für Partizipation, wie er jetzt heißt, im früheren Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, arbeiten alle ehrenamtlich. Das Problem ist, dass auch von ihnen erwartet wird, dass sie an sehr vielen Strukturen teilnehmen. Ich sage das noch einmal, weil wir einfach hier insgesamt ein Problem haben in dieser Stadt, abgesehen davon, dass der Landesbeirat gerade neu gewählt wird. Da würde ich mich auch allen anschließen, die erwarten, dass da Mitglieder teilnehmen, weil natürlich in allen Bereichen, aber gerade in der Pflege, besonders große Herausforderungen bestehen.

Deshalb komme ich auch gleich noch einmal zu dem Punkt Unterstützung von pflegenden An- und Zugehörigen, die in dem Ausschuss sind. Es ist wirklich ein Problem, und deshalb gibt es ja auch diesen Brief, in dem auf bessere Rahmenbedingungen hingewiesen wird. Da geht es zum einen um Informationen – diesen Punkt würde man dann ja vielleicht mit der Internetseite adressieren, wenn die entsprechend ausgestaltet ist. Vielleicht könnte man da interne Zugriffe haben, oder interne und externe Bereiche; ich weiß gar nicht, ob das möglich ist. Vielleicht könnte man das ja auch lösen. Aber es geht ja auch noch einmal um weitergehende Unterstützung, und ich kenne das auch aus den verschiedensten Beiräten, die wir in dieser Stadt haben, die in der Zwischenzeit zum Glück Geschäftsstellen haben, und wo es das eine oder andere Mal auch gelungen ist, dass da eine zusätzliche Stelle oder Stellenanteile eingerichtet wurden, um diejenigen, die das ehrenamtlich machen, zu unterstützen, inhaltlich und bei anderen organisatorischen Fragen. Deshalb ist meine Frage an die Senatsverwaltung: Welche Schritte planen Sie, um die Rahmenbedingungen hier zu verbessern? Das kann man ja alles auch schrittweise machen, aber das scheint mir doch sehr notwendig zu sein.

Wir stehen jetzt vor einer Pflegereform, die ja auch nicht alles nur einfacher macht. Ich würde gern von Ihnen noch einmal hören, inwieweit Sie glauben, dass der Landespflegeausschuss auch einen Beitrag zur aktuellen Pflegekrise leisten kann. Mit all der Kompetenz und den Erfahrungen liegen darin sicherlich ganz viele Chancen, aber sehen Sie da auch Grenzen bezüglich dessen, was Sie da machen können? Was sehen Sie da als Ihre Aufgabe? Das ist eine Frage, und die andere wäre, welchen Beitrag Sie zur Landespflegestrukturplanung leisten können.

Eine Frage an die Senatsverwaltung habe ich schon mal gestellt: Es soll eine Landespflegebeauftragte oder ein Landespflegebeauftragter berufen werden. Wann ist damit zu rechnen? Gibt es da schon eine klare Vorstellung, wann das passieren wird? Wenn der Landespflegeausschuss jetzt anfängt zu arbeiten, wäre es natürlich auch schön, wenn die betreffende Person dabei wäre. – So viel von meiner Seite. Danke!

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich das Wort zu einer Runde der Beantwortung an Frau von Borstel und Herrn Fritzen geben und dann an Frau Haußdörfer für den Senat.

Hans-Joachim Fritzen (Landespflegeausschuss; Vorsitzender): Ich starte einfach mal, und wir ergänzen uns. Ich hoffe, das ist so in Ordnung.

Ich fange vielleicht hinten bei der Pflegereform an: Was kann der Landespflegeausschuss machen? – Wie gesagt, wir haben uns auf bestimmte Themen geeinigt, die wir aufarbeiten werden. Die können wir thematisieren. Sie haben vollkommen recht: Wir müssen wahrschein-

lich mehr veröffentlichen und uns tatsächlich auch die Website anschauen. Das werden wir jetzt auch machen, und gemeinsam mit der Senatsverwaltung und der Geschäftsstelle auch gucken, was wir dort veröffentlichen können.

Es kam auch die Frage nach Beschlüssen. Ja, wir beschließen, und wir beschließen auch immer sofort mit, ob diese Beschlüsse veröffentlicht werden. Mich wundert es tatsächlich, dass der letzte veröffentlichte Beschluss aus dem Jahr 2018 ist, aber darauf werden wir gucken. Es sind in der Zwischenzeit auf jeden Fall Beschlüsse gefasst worden, aber dann wahrscheinlich nicht entsprechend veröffentlicht worden. Da müssen wir dann etwas nachholen.

Der Landespflegeausschuss trifft sich mindestens zweimal im Jahr, und da kommen alle zusammen und bringen ihre eigentliche Profession mit. Ich kann immer nur sagen: Wir haben jetzt wieder eine Pflegereform, und alle Pflegereformen der letzten Jahre haben bei allen, die sie umsetzen müssen, unheimlich viel Bürokratie geschaffen: bei den Pflegebedürftigen, bei den professionell Pflegenden, bei den Pflegekassen, bei den medizinischen Diensten. Für alle, die beteiligt sind, gibt es immer ein Mehr an Bürokratie, und ich ärgere mich auch ehrlich gesagt immer darüber, wie viele Fachkräfte dem eigentlich pflegenden Markt entzogen werden, um diese Bürokratie umzusetzen. Das ist auch das, was ich eben meinte: Ja, wir appellieren an die Bundespolitik, auch wenn wir sie aus dem LPA nicht verändern können. Trotzdem können wir darauf hinweisen, was nicht gut läuft oder wo man etwas anders machen könnte.

Ich glaube, zur Tages- und Kurzzeitpflege kann Frau von Borstel aus Sicht der Diakonie gleich besser etwas sagen. Das, was wir als Kranken- und Pflegekasse feststellen, ist natürlich, dass mit allen Umsetzungen, die wir zum Tariffrecht haben, die Beschäftigten in der Pflege besser und fairer bezahlt werden. Das ist vollkommen klar. Es reduziert aber das Budget für die Pflegebedürftigen zum Einkauf von Leistungen, weil die Leistungen natürlich teurer werden, und dadurch habe ich weniger Leistungen zur Verfügung, die ich tatsächlich in Anspruch nehmen kann, wenn ich nicht gleichzeitig die Leistungsansprüche dynamisiere, aber das ist ja, glaube ich, erst für 2024 geplant. Auch das sind dann natürlich Appelle an die Bundespolitik, dort entsprechend etwas zu machen und zu verändern. Da können wir nur den Finger in die Wunde legen, aber nicht tatsächlich selber etwas verändern.

Es kam die Frage nach der finanziellen Unterstützung der Fachstelle für pflegende Angehörige. Ich kann Ihnen da jetzt keine verlässliche Antwort geben, wir werden der Frage aber nachgehen. Wir werden dieses Thema, wie gesagt, mit den Betroffenen und auch mit der Senatsverwaltung noch einmal aufgreifen und schauen, ob da die Notwendigkeit besteht, ob also der Bedarf da ist, und wenn ja, welche Möglichkeiten geschaffen werden können. – Das wäre es von meiner Seite. Möchten Sie noch ergänzen?

Friederike von Borstel (Landespflegeausschuss; Vorsitzende): Ja, ich kann das gerne ergänzen, und fange auch noch einmal bei dem letzten Punkt an, den Herr Fritzen genannt hat, nämlich bei der ehrenamtlichen Unterstützung von pflegenden Angehörigen, Pflegebedürftigen und Zugehörigen. Ich gebe das jetzt aufgrund meiner langjährigen Expertise im Bereich Pflege und außerhalb meiner Funktion als Vorsitzende des Landespflegeausschusses in den Raum: Wir haben die Fachstelle für pflegende Angehörige, und diese Fachstelle hat ja einerseits einen Kommunikationsauftrag und andererseits einen Unterstützungsauftrag. Sie war an Dialogprozessen beteiligt, das heißt, sie ist für pflegende Angehörige eine wichtige Infrastruktur hier in der Stadt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass man da noch mal versuchen kann, Synergien herzustellen und die Kompetenzen zu stärken.

Das andere ist die Landesgeschäftsstelle als solche. Ich denke, sie ist das Gremium, das die Organisation des Landespflegeausschusses übernimmt, und sie sollte sicher nicht mit Aufgaben überfrachtet werden, um einzelne Mitglieder des Landespflegeausschusses zu unterstützen. Da sollte es eine strikte Trennung geben, damit an der Stelle die Gleichwertigkeit aller Mitglieder gesichert ist. Ich denke, auch nur dann können wir im Steuerungsgremium gut arbeiten. Im Steuerungsgremium ist Frau Kemnitz mit dabei, für die AOK Herr Behrens, Herr Matat für die beruflich Pflegenden, und für die Leistungserbringerverbände ist Herr Stemmann dabei; einen habe ich bestimmt vergessen. Von daher ist das eine gute Mischung, und wir haben, wie gesagt, eine Struktur in der Stadt, die – in der Regel natürlich mit einer Personalausweitung – vielleicht sogar Aufgaben übernehmen könnte.

Sie hatten auch nach der familiären Unterstützung gefragt. Ja, es gibt seitens der Leistungserbringerverbände schon den Wunsch, darüber zu sprechen, wie man Familien unterstützen kann, bei der Kinderbetreuung zum Beispiel. Pflege ist halt auch immer mit Schichtarbeit verbunden. Das Thema haben wir jetzt aber erst mal aufgesetzt, es ist aber nicht vertiefend ausdiskutiert.

Frau Vorsitzende, Sie haben nach dem Thema Kurzzeit- und Tagespflege gefragt. Das war ja auch ein großes Thema im letzten Koalitionsvertrag; da waren wir auch alle ganz gespannt,

was da dann kommen könnte. Wir haben das jetzt nicht explizit als Themenschwerpunkt aus der Mitgliedschaft aufgenommen, aber ich denke, es ist ein Teil der Pflegestrukturplanung und von daher auch dort wieder Thema.

Zur Frage nach Empfehlungen: Was wir jetzt gefasst haben, sind Beschlüsse, wie bestimmte Dinge zu strukturieren und umzusetzen sind. Natürlich kommen dauerhaft auch Empfehlungen, aber das Gremium trifft Beschlüsse zur Empfehlung mit einer Zweidrittelmehrheit, und es darf keine Gegenstimmen geben. Das heißt, es kommt darauf an, Empfehlungen zu fassen, es kommt aber auch auf den Diskussions- und Diskursprozess an. Der ist an der Stelle halt ganz wichtig, weil diese Empfehlungen natürlich letztendlich ein Minimalkonsens sind. Ich setze aber sehr auf den Diskursprozess und darauf, dass der uns an vielen Stellen weiterbringen kann, und ich denke schon, dass Sie in der nächsten Zeit auch Papiere sehen werden.

Dann gab es die Frage danach, was der Landespflegeausschuss macht, ob er jetzt zu aktuellen Themen Stellung bezieht. Das ist bei der Konstruktion, die wir haben, nicht Aufgabe des Landespflegeausschusses. Es ist Teil des Diskussionsdiskurses, den wir innerhalb der Arbeitsgruppen haben, und Teil dessen, wie die Arbeitsgruppen sich dann ausgestalten, aber ich sehe mich persönlich nicht als diejenige, die zur Pflegereform 2023 Stellung nimmt. Das machen die Mitglieder des Landespflegeausschusses über ihre Strukturen.

Zu den Landesbeiräten haben wir, denke ich, schon genug gesagt. Die Pflegestrukturplanung habe ich letztendlich auch noch mal aufgegriffen. Falls ich jetzt etwas vergessen habe, erinnern Sie mich gerne.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann würde ich Frau Haußdörfer für den Senat das Wort geben.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP): Vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier noch einmal Stellung zu nehmen! Vielen Dank auch an Frau von Borstel und Herrn Fritzen für Ihre Stellungnahmen und auch für das Engagement, das Sie mit der Neuwahl des Vorstands im November des letzten Jahres übernommen haben!

Der Landespflegeausschuss ist das zentrale Gremium zur Entwicklung von Strategien und zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung in Berlin, und das ist uns auch sehr bewusst. Ich persönlich komme ja aus der Kinder- und Jugendhilfe; da haben wir mit dem Landesjugendhilfeausschuss so ein ähnliches Gremium, das über Arbeitsgruppen tagt, bloß mit einer anderen Ausstattung und mit einem anderen gesetzlichen Auftrag. De facto ist aber, glaube ich, immer die Frage, mit welchem Rollenverständnis – und das haben Herr Düsterhöft und Frau Breitenbach ja auch angesprochen – die einzelnen Mitglieder dort in diesem Gremium sitzen, um die strategische Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung anzusprechen. Da muss ich sagen, dass die Beratung von Politik auf der einen Seite bestimmt wichtig ist, auf der anderen Seite ist es aber eben auch wichtig, einen konstruktiv-kritischen Diskurs zur inhaltlichen Weiterentwicklung voranzutreiben, so wie es jetzt sicher auch in diesem Brief geschrieben wurde, den ich zwar gar nicht kenne, der aber sicherlich ähnliche Themen aufgegriffen hat, wie hier angesprochen wurden. Das sind, glaube ich, schon Dinge, die wir hier besprechen müssen und sollen. Deshalb ist es schon eine Frage des Rollenverständnisses, in welcher Form und Fassung man diesen Landespflegeausschuss begleitet.

In der Tat sehen wir es auch als gegeben an, dass es eine strikte Trennung zwischen der Geschäftsstelle des Landespflegeausschusses und der Fachstelle für pflegende Angehörige gibt. Die Geschäftsstelle ist kein Zuwendungsprojekt, sondern es sind im Rahmen der Verwaltung eineinhalb Personen, nämlich Herr Dr. Beil und Frau Lath, die sich um die Organisation der Sitzungen und die Begleitung dieser Arbeitsgruppen verdient machen. Das ist aber im Rahmen der Verwaltungstätigkeit durchzuführen. Das zweite ist ein Zuwendungsprojekt, nämlich die Fachstelle zur Unterstützung der pflegenden Angehörigen, und das finden Sie dann im Haushalt, und das ist auch das, was wir ab September natürlich besprechen werden.

Ich kann nur sagen: Natürlich sind in der Zwischenzeit einige Dinge ins Land gegangen, manche Dinge sind aber leider nicht wirklich vorangetrieben worden, und das ist in der Tat die Besetzung der oder des Landespflegebeauftragten. Dem liegt nämlich eine strategische Entscheidung zugrunde, nämlich die Frage, ob man das als Stabstelle versteht, so wie die Landespatientenbeauftragte beispielsweise – die ist nicht im Rahmen einer Referatsstruktur angesiedelt –, oder ob man es genau als solches, nämlich im Rahmen einer Referatsstruktur, versteht, so wie die Landessuchtbeauftragte beispielsweise. Diese Entscheidung wurde nicht vorangetrieben; das habe ich jetzt quasi entschieden, und deshalb wird in den nächsten Monaten auch die Ausschreibung für den Landespflegebeauftragten oder die Landespflegebeauftragte veröffentlicht werden. Ob wir zu Mitte November, also zur nächsten Sitzung des Landespflegeausschusses, schon eine Besetzung haben, wage ich angesichts der mir vorliegenden Zeiten für die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst zumindest in Frage zu stellen. Ich kann Ihnen aber auf jeden Fall sagen, dass diese Ausschreibung vorangeht. – [Elke Breitenbach (LINKE): In welcher Funktion?] – Wir haben uns entschieden, das im Rahmen einer Referatsstruktur aufzusetzen. Es gibt für beide Varianten gute Argumente dafür oder dagegen, aber aufgrund der fachlichen Beratung würden wir es durchaus als Referatsstruktur ansehen.

Des Weiteren war die Frage nach der nicht erfolgten Besetzung – oder aufgrund der offenen Konstituierung der Landesbeiräte offenen Besetzung – der Landesbeauftragten für psychische Gesundheit sowie für Integrations- und Migrationsfragen. Das betrifft ja auf der einen Seite die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Die sind aber schon sehr weit und werden in den nächsten Wochen entsprechend konstituieren. Ich gehe davon aus, dass es auch eine Besetzung für den Landespflegeausschuss geben wird. Und auch wir werden mit dem Landesbeirat für psychische Gesundheit auf diesen Ausschuss zukommen und entsprechend die Besetzung dieser offenen Position angehen. Das ist eben auch etwas, was in der Zeit zwischen den Wiederholungswahlen und der Neubesetzung leider nicht stattgefunden hat. Der weitere Weg zur Konstituierung dieses Landesbeirats für psychische Gesundheit ist aber für die Zeit nach der Sommerpause geplant. Es ist zwar gut, dass der Landespflegeausschuss eine Wahlperiode von 2022 bis 2027 hat – aus guten Gründen hat man das ja von den politischen Wahlperioden entkoppelt –, aber in dem Fall hat das dazu geführt, dass wir trotz der Zeiten des politischen Wechsels hier eine entsprechende Neubesetzung erst einmal anstreben mussten beziehungsweise das Verfahren für die Besetzung des Landesbeirats für psychische Gesundheit jetzt erst anstoßen konnten.

Ansonsten habe ich, glaube ich, alle Fragen zu den ausstehenden Stellenbesetzungen beziehungsweise zur Konstituierung der Beiräte beantwortet. Wie gesagt: Wir sind, glaube ich, auch in einem guten Austausch, und wir wollen zumindest alles probieren, damit hier alles geklärt wird. Ansonsten weiß ich noch, dass die Website und die Öffentlichkeitsarbeit, glaube ich, noch in dieser Woche hochgeladen werden, sodass die Seite dann auch sehr schnell auf

einem aktuellen Stand sein wird und wir das dann auch nicht nur professionalisieren können, sondern auch einfach die Informationen sehr schnell zugänglich darstellen können.

Vorsitzende Silke Gebel: Vielen Dank! – Dann sind wir auf die Vorlagen gespannt. Wir haben nach dem Sommer ja auch die Haushaltsberatungen. Dadurch, dass sich die Leute hier kurz vorstellen müssen, müssen wir das gut eintakten, damit es dann auch schnelle Beschlüsse im Plenum gibt. Aber das kriegen wir auf jeden Fall hin.

Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann kommen wir zum Ende dieses Tagesordnungspunktes, und ich bedanke mich bei Herrn Fritzen und Frau von Borstel, dass Sie heute da waren. Ich bin mir sicher, dass wir in dieser Legislatur noch viel miteinander zu tun haben werden, und wünsche Ihnen eine schöne Woche!

Die Besprechung hierzu wird ebenfalls vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.